

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**WORLD  
PRESS  
PHOTO 17**  
WESTLICHT

4,50 Euro P.b.b., Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserebersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, 142040222 M, Nr. 7+8/2017

**Die Sozialdemokratie  
als Trittbrettfahrerin**  
Wolfgang Edelmüller

**Infrastruktur schafft  
Wohlstand**  
Julian Jäger

**System Change,  
not Climate Change!**  
Magdalena Heuwieser

**Sozial-ökologische  
Transformation**  
Christina Plank







# EDITORIAL

Ja selbstverständlich sei die Schließung der Mittelmeer-Route möglich, wird, spätestens seit den – eilig relativierten – Hot-spot-Ansagen Emanuel Macrons, in den heimischen Medien verbreitet. Okay, es erfordere die Akzeptanz menschenunwürdiger Massenzuwanderung unter der Obhut skrupelloser Diktatoren und Warlords in zerfallenden Staaten, in denen systematisch geraubt, vergewaltigt und gemordet werde. Doch das sei, in den Worten des KURIER-Leitartiklers Konrad Kramar, »legitim«, wenn die Politik meine, die Bevölkerung so vor »illegaler Massenzuwanderung schützen zu müssen«. Sie müsse sich ehrlicher Weise nur dazu bekennen, dass die Menschenrechte für sie kein Maßstab seien. Das ist brandgefährlicher Unsinn. Es ist Unsinn, weil die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) aus gutem Grund in Verfassungsrang steht und daher keine unverbindliche Anregung für bessere Zeiten, sondern Grundlage jeden staatlichen Handelns ist. Und es ist brandgefährlich, weil hier völlig ausgeblendet wird, auf welche schiefe Ebene wir mit dieser Denkweise rutschen. Auf die Frage, wie es zu erklären sei, dass ganz normale Männer aus Wehrmacht und Polizei vor 75 Jahren in Osteuropa Massenhändler an jüdischen Männern, Frauen und Kindern wurden, gab der Historiker Timothy Snyder vor einem Jahr eine Antwort, die uns vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte verstören sollte: »Indem man die Männer in eine scheinbar chaotische Situation brachte und ihnen sagte, dass die normalen Regeln hier nicht gelten würden... Der einzige Weg... war die Schaffung einer gesetzlosen Zone außerhalb seiner eigenen Grenzen. Dort wurden Dinge möglich, die eigentlich undenkbar waren.«

Der Sinn der EMRK ist es nicht erst, derartige Verbrechen zu verhindern, an die heute niemand denkt, die niemand wünscht und erst recht niemand plant. Ihr Zweck ist es, Zustände zu sichern, in denen niemand, niemand in Europa, niemand in Nordafrika, auch in einer nahen oder fernen Zukunft nur auf die Idee kommen kann, dass es Zonen der Rechtlosigkeit gibt, in denen das Undenkbare möglich wäre. Das ist keine nette Idee für bessere Zeiten. Das ist der in Recht gegossene Ausdruck der Floskel »Nie wieder!«. Es gibt viele Strategien, Flucht- und Migrationsbewegungen zu bremsen. Die Schaffung rechtsfreier europäischer Zonen in Nordafrika ist keine davon.

Am Beginn dieser Ausgabe stehen zwei ausführliche Beiträge, die sozialdemokratische Strategien diskutieren.

Zunächst skizziert **Wolfgang Edelmüller** in Fortsetzung seines Beitrags in ZUKUNFT 06/2017 die politische Wirkung des **Dritten Wegs** und mögliche Alternativen des dadurch mitverursachten politischen Desasters.

Anschließend stellen **Bernhard Wieland** und **Herbert Buchinger** ihre streitbare Sicht der Dinge auf **sozialdemokratische Strategieoptionen** vor.

Diese Ausgabe widmet sich schwerpunktmäßig der Debatte um das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Klimawandel, die anlässlich der Debatte um die Errichtung der dritten Flughafenpiste in Schwechat virulent geworden ist.

**Julian Jäger** argumentiert, warum der Flughafen Schwechat die dritte Piste braucht und sie kein Widerspruch zum Klimaschutz ist.

**Magdalena Heuwieser** argumentiert gegen den Ausbau des **Flughafens Wien**, der eine fossile, emissionsintensive Mobilität für die nächsten Jahrzehnte in Beton gießen würde.

**Tobias Orischnig** analysiert kritisch die Debatte um die anlässlich des ursprünglichen Urteils des Bundesverwaltungsgerichts entworfene **Staatszielbestimmung** Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit.

**Christina Plank** stellt Thesen zur **sozial-ökologischen Transformation** als politischen Lösungsansatz vor.

Und **Armin Puller** bespricht das Buch »Imperiale Lebensweisen« von **Ulrich Brand** und **Markus Wissen**, das die Autoren freundlicherweise bereits auszugsweise in der ZUKUNFT veröffentlicht haben.

Nach der Vorstellung von **Andrea Eckels** historischen Romans »Unlabelled« runden die Buchtipps diese Ausgabe ab.

Gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen im Sommer!



# Inhalt



Alltagsleben – Zweiter Preis, Fotoserien

© Elena Anosova

## Jenseits aller Wege

Ein Jäger in einer kleinen Siedlung nahe des Nizhnyaya Tunguska Flusses wäscht sein Gesicht im Schnee, Sibirien, Russland, 18. März 2016

In Russia's extreme north, century-long ways of life dominate the daily life of some of the most isolated parts of the desolate landscape. Modern civilization penetrates slowly and fragmentarily. There are no roads, and only one helicopter shuttle twice monthly. The residents' ancestors can be traced back to hereditary hunters in a small settlement near Nizhnyaya Tunguska River, Russia, more than 300 years ago.

## 6 Die Sozialdemokratie als Trittbrettfahrerin

VON WOLFGANG EDELMÜLLER

## 12 Sozialdemokratie in der Krise: Was tun?

VON HERBERT BUCHINGER UND BERNHARD WIELAND

Schwerpunkt

**Klimaschutz und Wirtschaftswachstum**

## 18 Infrastruktur schafft Wohlstand

VON JULIAN JÄGER

## 24 System Change, not Climate Change!

VON MAGDALENA HEUWIESER

## 30 Staatsziel marktkonforme Demokratie?

VON TOBIAS ORISCHNIG

## 36 Sozial-ökologische Transformation?

VON ANDREA CHRISTINA PLANK

## 40 Imperiale Lebensweise

VON ARMIN PULLER

## 44 Die Liebe, der tödliche \$175 und die Gegenwart

VON ALEXANDRA C. ECKEL

## 48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

# Die Sozialdemokratie als Trittbrettfahrerin

Nachdem Wolfgang Edel Müller im ersten Teil seines Textes (ZUKUNFT 06/2017) die wirtschaftstheoretischen Grundlagen des »Dritten Wegs« nachgezeichnet hat, erläutert er hier im zweiten Teil die politisch katastrophalen Auswirkungen dieses Konzepts. Er zeigt drei Alternativen zu den in den letzten Jahren zu Tage tretenden Auflösungserscheinungen der europäischen Sozialdemokratie auf.

Die Sozialdemokratie war auch auf ihrem »Dritten Weg« keine tonangebende Proponentin der Austeritätspolitik. Denn die öffentliche Finanzierung der sozialen Sicherheit auf einem die Anpassungsflexibilität der Arbeitskräfte anregenden Mindestniveau ist konzeptioneller Bestandteil dieses angebotspolitischen Vollbeschäftigungsmodells. Darüber hinaus verlangt aber auch die aktive Förderung der personalen Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitskräfte ein Mindestmaß an laufenden staatlichen Investitionen in die öffentliche Bildungsinfrastruktur zur beruflichen Qualifizierung und Requalifizierung, weswegen auch das Bildungsthema in all seinen Facetten stark in den Vordergrund sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik getreten ist. Die Sozialdemokratie hat vielmehr unter dem dominanten Einfluss der neoliberalen Ideologie ganz einfach den konstruktiven Umgang mit Staatsverschuldung eingeübt und dem Mainstream der austeritätspolitischen Schuldenphobie bereitwillig nachgegeben. Staatliche Verschuldung hat dann allenfalls noch als Notfallinstrument gegen abrupte Wachstumseinbrüche und eskalierende Arbeitslosigkeit eine gewisse Berechtigung, als wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument wird sie zunehmend tabuisiert.

Es ist daher auch kaum verwunderlich, dass in der Sozialdemokratie des »Dritten Weges« die kritischen Erkenntnisse der heterodoxen, alternativen und postkeynesianischen Ökonomie, in denen genau diese Themen kritisch analysiert werden, wenig Resonanz gefunden haben. Nach dem erzwungenen Tabubruch der massiven Schuldenausweitung, die von den hauptbetroffenen Staaten zur Rettung des zusammenbrechenden Wirtschafts- und Finanzsystems in der Finanzmarktkrise 2007/08 in Kauf genommen werden musste, war der Schock groß genug. Die konservativen Eliten konnten ohne

Verzug und mit Vehemenz zur Austeritätspolitik zurückkehren, ohne mit besonders heftigem Widerstand aus der Sozialdemokratie rechnen zu müssen.

In EU-Europa ist die Sozialdemokratie am Trittbrett des Zuges, der auf dem Weg der Vertiefung der europäischen Integration (Konvergenz zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion) die neoliberale Transformation des europäischen Kapitalismus unionspolitisch vorangetrieben hat, bereitwillig mitgefahren. Hatte die europäische Sozialdemokratie dank des politischen Aufschwungs ihrer Massenorganisationen das fordistische Akkumulationsregime des wachstumsgetriebenen Nachkriegskapitalismus durch die Entwicklung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates als vorherrschende Regulierungsform in regional unterschiedlichen Ausprägungen (»rheinischer Kapitalismus«, »soziale Marktwirtschaft«, »konzertierte Aktion«, »skandinavisches Modell«, »Sozialpartnerschaft«, »Korporatismus«) noch richtungsbestimmend dominiert, wurde dieser Einfluss spätestens ab den monetaristischen Rezessionskrisen zur Bekämpfung der in den westlichen Volkswirtschaften weit verbreiteten Stagflation Anfang der 1980er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts allmählich zurückgedrängt.

Erst mit dem Aufkommen des »Dritten Weges« um die Jahrhundertwende, den zunächst die Clinton-Administration der siegreichen Demokratischen Partei in den USA vorangegangen war, hat die europäische Sozialdemokratie ihre passive und adaptive Haltung gegenüber der durchschlagenden Hegemonie des Neoliberalismus auch programmatisch verarbeitet. Als die Finanzmarktkrise 2007/08 sehr rasch in die Große Rezession überging, die Staatsverschuldung wegen der finanzwirtschaftlichen Rettungskosten abrupt zu steigen begann, die Eurokrise nur mehr mit den Mitteln einer »unkon-

ventionellen Geldpolitik« der EZB beherrschbar war und die Arbeitsmärkte von einer in Nachkriegseuropa nie dagewesene Massenarbeitslosigkeit erfasst wurden, war die europäische Sozialdemokratie von der Heftigkeit des Aufpralls eines eben erst in eigener Adaption erprobten Regulierungsregimes (»Agenda 2010«, »New Labour«) so paralysiert, dass sie zu einem eigenständigen und effektiven Beitrag zur dringend gebotenen Um- und Gegensteuerung nicht mehr im Stande war. Das niederschmetternde Fehlverhalten der Mehrzahl der regierenden EU-SozialdemokratInnen gegenüber Griechenland und seiner aus der Krise hervorgegangenen, um eine alternative Wirtschaftspolitik ringenden Linksregierung (»Syriza-Anel-Koalition«), die von den konservativen EU-Eliten zum Laboratorium eines austeritätspolitisch forcierten Krisenmanagements (»Troika-Spardiktat«) auserkoren wurden, war symptomatisch und wird als Menetekel des Scheiterns des »Dritten Weges« in die Geschichte der europäischen Sozialdemokratie eingehen.

### DER ABSTIEG DER SOZIALDEMOKRATIE...

Was die griechische Sozialdemokratie, die sich gegenüber dem drakonischen EU-Spardiktat als völlig orientierungs- und widerstandslos erwies, als vernichtendes Wahldebakel (»Pasok-Moment«) erlebte, das sich komplementär zum Syriza-Aufstieg ereignete, hat die Parteien der europäischen Sozialdemokratie längst schleichend eingeholt. Die politische Vertrauenskrise in der arbeitenden Bevölkerung der EU-Länder ist weit fortgeschritten. Der Sozialdemokratie des »Dritten Weges« wird als Teil eines selbstbezogenen Establishments die Mitverantwortung für den sozialen Abstieg der Mittelschichten in Arbeitslosigkeit, Einkommensverlust und soziale Unsicherheit sowie das Anwachsen des wirtschaftlichen Prekariats und die düsteren Zukunftsaussichten für die deklassierte ArbeiterInnenschaft (»untere Mittelschicht«) zugeschrieben. An den Wahlurnen wird der Vertrauensmangel in Wahlenthaltung oder dauerhafte Stimmenzuwächse für die Parteien des Rechtspopulismus und der radikalen Linken sanktioniert. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien haben sich zu Mittel- und in manchen Fällen sogar zu Kleinparteien (Pasok, PSE, PvdA, PST) zurückentwickelt, ihr politischer Einfluss schwindet dramatisch (SPD, PSOE, Labour, SAP, Sozialdemokraterne, Arbeiderpartiet, SDP), in vielen Ländern sind sie bereits aus den Regierungen verdrängt.

Das sozialdemokratische Elektorat des linken Zentrums strebt in zwei Richtungen auseinander. In den mediterranen EU-Ländern Griechenland, Spanien und Frankreich stärkt es

die relativ jungen Parteien der radikalen Linken (Syriza, Podemos, La France insoumise). In Italien verliert die linkszentristische Sammelbewegung Partito Democratico WählerInnen an den querfront-gemischten Movimento 5 Stelle (M5S). Und in Frankreich profitiert auch die neue Zentrumsparterie des soeben gewählten Präsidenten (La République en Marche) von der Agonie der PS, deren problematisches Erbe des »Dritten Weges« holländischer Prägung in der Arbeitsmarktpolitik gleichwohl mitübernommen wird. In die Gegenrichtung tendieren hingegen die WählerInnenmassen der »unteren Mittelschicht« in den mittel- und nordeuropäischen EU-Ländern, wo die unterschiedlichen Parteien des Rechtspopulismus starken Zulauf erhalten. Ihre seit jeher auf Fremden- und Islamfeindlichkeit gestimmte Grundhaltung erfährt durch die Flüchtlingsbewegung, die sich auf wenige Länder konzentriert (Österreich, Deutschland und Schweden, aber auch die Mittelmeerländer Griechenland und Italien) und deren Aufnahme- und Integrationskapazität deutlich herausfordert, große Resonanz. Vor allem aus den sozial benachteiligten Schichten, die schon lange unter den Auswirkungen der »Struktur-reformen« und der Austeritätspolitik leiden und daher weiteren Wettbewerbsdruck auf den Arbeits- und Bedarfsmärkten (z. B. Wohnungsmarkt) befürchten müssen, kann die populistische Rechte eine breite Anhängerschaft rekrutieren.

Der Rechtspopulismus mit seinen extremistischen und autoritären Zügen (»illiberale Demokratie«) gewinnt durch wachsende WählerInnenzustimmung deutlich an Einfluss und beginnt in den einschlägigen Fragen der Immigration- und Integrationspolitik die politische Agenda zu infizieren oder gar zu beherrschen (»rechtspopulistische Imitationspolitik«). Frankreich und Österreich erweisen sich wegen des langfristig und kontinuierlich verlaufenen Aufstiegs ihrer rechtspopulistischen Parteien (Front National und FPÖ) als exemplarisches Spielfeld dieser Entwicklung. In beiden Ländern wird aber auch in den jeweiligen Präsidentschaftskampagnen durch die Sammlung überparteilicher WählerInnenallianzen rund um ein liberales Zentrum der Griff nach der Macht durch den Rechtspopulismus zurückgewiesen. So löst sich das ehemals stimmenstarke sozialdemokratische Elektorat, das überwiegend aus der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit stammt und sich von der Sozialdemokratie des »Dritten Weges« gegen die neoliberalen Zumutungen des systematischen Lohn- und Sozialdumpings nicht mehr ausreichend vertreten fühlt, quer durch Europa in die Lager der politischen Mitbewerber nach links, rechts und in die Mitte auf. Der »Dritte Weg« führt ganz offensichtlich nirgendwo hin, am ehesten noch ans Ende der

Sozialdemokratie, der traditionsreichen historischen Gründungspartei der internationalen ArbeiterInnenbewegung.

### ... UND DIE ALTERNATIVEN DAZU

Aber das Schicksal der europäischen Sozialdemokratie hat sich trotz des Irrwegs der linken Adaption des Neoliberalismus noch lange nicht erfüllt. Es gibt mindestens drei Optionen, um sich aus der Vertrauenskrise zu befreien. Der ziel-führendste Ausweg ist die »Corbyn-Sanders-Option«. Dabei geht es nicht nur um die Rückkehr zu den sozialdemokratischen Werten. An Lippenbekenntnissen zum Wertekanon der europäischen Sozialdemokratie hat es auch auf dem »Dritten Weg« nie gefehlt, denn das ist immer noch der billigste Solidaritätsappell, dem nicht zwingend überzeugende Taten folgen müssen. Es geht vielmehr um die Wiederbelebung der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die sich an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit orientiert. Die Labour-Parteileitung unter Jeremy Corbyn, der mit Hilfe einer engagierten Parteibasis und gegen die etablierte Parlamentsfraktion mühsam, aber letztlich erfolgreich den Blairismus in die Schranken gewiesen hat, ist mit einem Programm in die Wahl gezogen, das mit den angekündigten Mitteln einer keynesianischen Wirtschaftspolitik die Anliegen der »unteren Mittelschichten« und der jungen Generation zielgenau ins Zentrum gerückt hat.

Und diese WählerInnenallianz aus den benachteiligten Schichten der arbeitenden Bevölkerungsmehrheit und den urbanen Bildungsschichten, also die klassische WählerInnenzusammenführung erfolgreicher sozialdemokratischer Parteien, hat es Corbyn trotz widriger und widerwärtiger Umstände ermöglicht, der notorischen Hybris machtgieriger Tory-HarsardeurInnen eine empfindliche Niederlage zu bereiten. Jeremy Corbyn hat erfolgreich versucht, die Labour Party »nach links« zu retten, sie ist nach den Juni-Wahlen (»snap election«) in UK nicht nur die mitglieder-, sondern auch die stimmenstärkste Partei (40% WählerInnenanteil) im Konzert der europäischen Sozialdemokratie. Und Bernie Sanders versucht auf Basis seiner Vorwählerfolge gegen Hillary Clinton eine ähnliche progressive Erneuerung der Demokratischen Partei, die sich in der Hand der überheblichen und Establishment-affinen Clintonians als unfähig erwiesen hat, gegen die gefährliche Lachnummer »The Donald« den Demokraten in der Nachfolge von Barack Obama die US-Präsidentschaft zu sichern.

Eine weitere Option ist die Öffnung der sozialdemokratischen Parteien für Bündnisse mit den alten und neuen Partei-

en der radikalen Linken, um zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung verabredete Projekte konkret umsetzen zu können. Die portugiesischen Sozialisten haben diesen Weg mit einigem Erfolg beschritten und erfreuen sich inzwischen wiederum einer wachsenden WählerInnenzustimmung. Die PSOE, die über Jahre die extrem hohe Arbeitslosigkeit in Spanien widerstandslos hingenommen und auch wenig Probleme mit der Adaption von neoliberalen Positionen hatte, wurde von der Bündnisfrage in einen innerparteilichen Richtungsstreit gerissen, bei dem das machtverstrickte Parteiestablishment die von der Parteibasis unterstützten ReformsozialistInnen daran hindern möchte, eine linke Alternative im Rahmen einer Allianz mit »Podemos« zu entwickeln. Die Fortsetzung der Toleranzpolitik gegenüber der reaktionären PP-Regierung mit ihrem neoliberalen Extremismus wird die PSOE früher oder später »pasokisieren«.

Und schließlich gibt es die Option der »progressiven Allianz«, das von mittelgroßen sozialdemokratischen Parteien mit kleineren Partnern der Linken, der Grünen und des liberalen Zentrums angeführte parlamentarische Bündnis, um die Vormachtstellung konservativer Parteien mit ihren rechtspopulistischen Kooperationsneigungen zu brechen. Ob sich solche Allianzen auf der Ebene von Wahlbündnissen oder im parlamentarischen Raum entwickeln, hängt wohl von der konkreten Ausgangslage ab. Das neue Phänomen des »Macronismus« als zentristische Sammlungsbewegung scheint wenig geeignet, der Sozialdemokratie eine Überlebensperspektive zu bieten, zumal die Ausformung in der Gestalt von »La République en Marche« mit der Fortsetzung des gescheiterten »Dritten Weges« wirtschaftspolitisch keine Anziehungskraft entwickeln wird.

Die überlebensfähige Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts hat also mehrere Optionen, um sich jenseits des »Dritten Weges« zu konsolidieren und ihre Rolle als einflussreiche Gestalterin in einer pluralen europäischen Linken neu zu finden. Der Konsolidierungsprozess wird vielgestaltig sein und vom jeweiligen Zustand der sozialdemokratischen Parteien abhängen, in den sie der »Dritte Weg« geführt hat. Aber das gemeinsame Merkmal wird die Überwindung der neoliberalen Ideologie in welcher sozialdemokratischen Passform auch immer sein. Und der beste Weg dorthin ist die Besinnung auf das Erbe und die politische Programmatik des echten, des historischen »New Deals«, der die Förderung der Gewerkschaftsbewegung als wirkungsvolle und kampfbereite Vertretungsorganisation der arbeitenden Bevölkerung sowie die wirtschaftspolitische Rolle des Staates zur Herstellung



und Sicherung von Vollbeschäftigung mit wertgeschätzter Arbeit zu guter und auskömmlicher Entlohnung in den Mittelpunkt gestellt hat. Angebotspolitik auf den Arbeitsmärkten sorgt dann für die dauerhafte Qualifikation der Arbeitskräfte und die arbeitszeitpolitisch gestaltete faire Verteilung der verfügbaren Arbeit im Zeitalter der digitalen Revolution. Und die Staatsverschuldung ergibt sich aus dem politisch gewollten Aufgabenumfang der öffentlichen Hände, der im Rahmen einer von den zuständigen Institutionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft koordinierten Fiskal-, Geld- und Einkommenspolitik finanziert wird. 🍷

**WOLFGANG EDELMÜLLER**

ist Ökonom und lebt in Wien und im Waldviertel.

# WORLD PRESS PHOTO 17

WESTLICHT







Der Herbst ist die Zeit von World Press Photo. Mit der Wahl der Aufnahme des türkischen Associated Press Fotografen Burhan Ozbilici zum World Press Photo des Jahres traf die Jury heuer eine besonders kontrovers und hitzig diskutierte Entscheidung. Das Bild vom 19. Dezember 2016 zeigt die Ermordung des russischen Botschafters in der Türkei, Andrey Karlov, durch den 22-jährigen Polizeibeamten Mevlüt Mert Altıntas bei der Eröffnung einer Fotoausstellung in Ankara »Es war eine äußerst schwierige Entscheidung, aber schließlich war die Mehrheit der Auswahlkommission von der Explosivität des Bildes überzeugt«, so Jury-Mitglied Mary F. Calvert »Es bringt den derzeit verbreiteten Hass auf den Punkt und jedes Mal, wenn das Foto auf unseren Bildschirmen auftauchte, wichen wir unwillkürlich ein Stück zurück, weil es eine solche Sprengkraft besitzt. Wir hatten den Eindruck, dass dieses Bild wirklich verkörpert, worum es beim World Press Photo des Jahres geht«.

### **WestLicht. Schauplatz für Fotografie**

15.09. bis 22.10.2017

Eröffnung: 14.09.2017, 19 Uhr

Westbahnstraße 40

A-1070 Wien

[www.westlicht.com](http://www.westlicht.com)

Aktuelle Themen – Erster Preis, Einzelbilder

© **Jonathan Bachman, Reuters**

#### **Stellung beziehen in Baton Rouge**

Während einer Protestveranstaltung gegen Polizeigewalt vor dem Police Department von Baton Rouge, Louisiana, USA, am 9. Juli 2016, stellt sich die Aktivistin Ieshia Evans den vorrückenden Polizisten entgegen und streckt ihre Hände aus, bereit, sich verhaften zu lassen.

Evans, a 27-year-old Pennsylvania nurse and mother to a young boy, traveled to Baton Rouge to protest the shooting of Alton Sterling, a 37-year-old black man and father of five, who was shot at close range while being held down by two white police officers. The shooting, captured on cell phone videos, aggravated the unrest that has coursed through the United States for two years over the use of excessive force by police, especially against black men.

# Sozialdemokratie in der Krise: Was tun?

**Herbert Buchinger und** Bernhard Wieland schlagen auf Basis der Einschätzung sozio-ökonomischer Interessenlagen drei mögliche Szenarien sozialdemokratischer Programmstrategie vor. Auf Basis dieser Szenarien legen sie auch ein Konzept für einen »grün-roten New Deal für Europa« samt Finanzierungsvorschlägen vor, der als zweiter Teil in ZUKUNFT 09/2017 erscheinen wird. Ihr Text versteht sich als Diskussionsbeitrag zur Belebung linker Debatten und eines strategischen, ernsten, aber »unaufregteren« Wettstreits der Linken gegenüber der »nationalen Rechten« und lädt zur Formulierung von Ergänzungen, Zu- und Widerspruch ein.

**W**ie hältst du es mit der rechtsnationalen FPÖ? Diese Frage drohte die SPÖ zu zerreißen. Parteivorsitzenden Bundeskanzler Christian Kern gelang es, durch seine Vorlage eines Wertekataloges, den sieben zentralen Elementen des aktuellen SPÖ-Nationalratswahlprogrammes sowie mit der Ansage, in Zukunft jeden Koalitionspakt auf Bundesebene in einer Mitgliederabstimmung legitimieren zu lassen, eine tragfähige Synthese zu bilden und diese heikle Zerreißprobe zu umschiffen. Die Aufregung ist verebbt, die Quadratur des Kreises geschafft. Dies ändert jedoch nichts daran, dass die Frage der SPÖ-Haltung zur FPÖ über Jahre falsch gestellt und diskutiert wurde.

Denn die SPÖ agierte damit auf einer Abstraktionsebene, auf welcher diese Frage schlichtweg nur unbefriedigend zu beantworten war. Das taktische Orientieren auf eine zeitlich befristete Zusammenarbeit mit einer konkurrierenden Partei setzt nämlich vorweg das Klären folgender strategischen Frage(n) voraus: Welche Interessengruppen – noch genauer – welche Machtlobbies, mit welcher sozialen Basis – muss die Sozialdemokratie programmatisch einbinden, um Spielraum zu gewinnen und politischen Erfolg erzielen zu können? Nur mit einer solchen Orientierung auf, nennen wir es wie Karl Marx »Klassenbasis«, kann rational bestimmt werden, welche politischen Inhalte zu vertreten und zu propagieren sind. Nur davon kann wiederum abgeleitet werden, mit welcher konkurrierenden Partei/Bewegung, ich welche Teile – und im Idealfall – das Meiste meiner eigenen Programmatik – umsetzen kann? Die Taktik der Parteilinienzusammenarbeit folgt demnach der eigenen Programmatik und der darauf basierend entwickelten po-

litischen Strategie – nicht umgekehrt! Taktik ist der Strategie untergeordnet. Die Strategie definiert den Zweck und beantwortet die Frage nach dem Wozu? Die Taktik dient zur Erreichung von Zielen bzw. Zwischen-Zielen auf dem Weg zum Erreichen dieses eigentlichen Zweckes. Das Verwechseln von Strategie und Taktik sollte sinnvollerweise vermieden werden!

Folgt man diesen Überlegungen, dann ist die die Frage – Wie hält es die SPÖ mit der FPÖ? – die Reproduktion der strategischen Frage, auf welches Klassenbündnis die Sozialdemokratie in Zukunft setzt bzw. setzen soll? Das bisherige sozialdemokratische Erfolgsmodell basiert in ganz Europa auf einem Bündnis der organisierten Arbeiter\*innenbewegung mit »fortschrittlichen« Kapitalfraktionen (und den von ihnen maßgeblich beeinflussten technisch-ökonomischen Eliten). Dieses Bündnis bildete, begünstigt durch die Systemkonkurrenz im Kalten Krieg, die Klassenbasis für den Auf- und Ausbau des modernen Wohlfahrtsstaates und für die über Jahrzehnte andauernde wirtschaftliche Prosperität. Hohe Beschäftigungssicherheit (bis hin zur Vollbeschäftigung), darauf aufbauend hohe Lohnquoten, der Auf- und Ausbau des Sozialstaates, das Demokratisieren der Bildung und damit sozialer Aufstiegschancen, Fortschritte bei der Gleichstellung von Mann und Frau, usw. – all das waren die positiven Effekte dieses Bündnisses und Deals – nicht umgekehrt!

Dieses Bündnis wurde aber brüchig, seit weite Teile der »fortschrittlichen« Kapitalfraktionen, ebenso begünstigt durch den Zusammenbruch des sich selbst als »real-existierenden Sozialismus« bezeichnenden Warschauer-Pakt Staaten, unge-



stört eine Globalisierung, sowie eine europäische Integration und Digitalisierung vorantreiben können und dafür auch den Rückbau und das Aushöhlen des Wohlfahrtsstaates in Kauf nehmen. Was immer auch der in der Arbeiter\*innenbewegung verankerte Popanz des Begriffs »Neoliberalismus« konkret bezeichnen mag: Im Kern geht es in dieser Kritik um eine rücksichtslose Ausrichtung der Globalisierung, im Sinne einer profit-getriebenen, fortschreitenden, internationalen Arbeitsteilung und der damit einhergehenden Modernisierung, die weite Teile der »fortschrittlichen« Kapitalfraktionen auf Kosten der Lohnabhängigen forcieren. Das kommt einem verschärften direkten und indirekten Klassenkampf von oben gegen die Lohnabhängigen gleich. Die Schwäche der Sozialdemokratien in Europa, ist also in erster Linie Ausdruck ihrer, in diesem Sinne, unklaren Grundpositionierung und dem Fehlen einer Antwort, im Sinne einer programmatischen Strategie und Taktik, welche von ihr zum Bewahren »ihres« Wohlfahrtsstaates verfolgt werden kann.

Folgende realen Alternativen stehen für unser Dafürhalten zur Wahl:

1) Das Bündnis mit den »fortschrittlichen« globalisierungsfreundlichen Kapitalfraktionen weiter fortzuführen, Globalisierung und Modernisierung weiter mit-vorzutreiben, um die technisch-ökonomische Basis für künftigen Wohlstand zu sichern, auch wenn das kurz- und mittelfristig soziale Verwerfungen, sinkende bis moderate Lohnquoten, Arbeitslosigkeit, Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Rückschritte bei der sozialen Chancenverteilung usw. bedeutet.

2) Zusammen mit »rückschrittlichen« globalisierungs- und modernisierungskritischen Kapitalfraktionen, von sozialem Abstieg bedrohtem Mittelstand, deklassierten Lohnabhängigen, wie z.B. ungelernete Arbeitskräfte, sowie auf den »Heimat«-Markt ausgerichtete Unternehmungen, Landwirten, etc. die Globalisierung, europäische Integration und digitale Revolution zu bremsen, um so den »nationalen« Wohlfahrtsstaat zu verteidigen. Diese zweite Alternative bietet auch eine Anschlussfähigkeit zu Ökologie-Bewegten, die sich für das Entwickeln und Fördern regionaler, nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe sowie dezentrale Energiegewinnung stark machen. Siehe z.B. in Österreich das Bündnis des Volksbegehrens gegen Ceta und TTIP.

3) Eine Synthese der beiden genannten Optionen als einem »New Deal für Österreich in und für ein soziales Europa«.

## PARALLELEN IN WIEN UND PARIS

Dass die ersten beiden oben skizzierten strategischen Ausrichtungen reale politische Optionen sind, zeigen auch die Ereignisse und Wahlergebnisse rund um die französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, die der »Modernisierer« Macron gewonnen hat. Im ersten Wahlgang lagen aber hinter ihm zwei Kandidat\*innen, die sich – obwohl der eine weit links bzw. die andere weit rechts – in ihrer Kritik an Globalisierung, EU-Integration sowie dem Fördern »nationaler Produktionen« programmatisch kaum unterschieden. Die Stimmenanteile dieser beiden zusammen, übertrafen Macrons Anteil sogar! Insofern kann auch die These vertreten werden, dass – trotz Macron – in der Bevölkerung Frankreichs eine »nationale« Orientierung eine Chance auf eine Mehrheit hätte. Und, ebenso bedeutend: Ohne glaubwürdige inhaltlichen und personellen Antworten in diesen strategischen Ausrichtungsfragen, gingen die traditionellen Parteien, auch die einst so stolzen französischen Sozialist\*innen, völlig unter. Damit zeigt Frankreich auch, dass das Zerfallen des politischen Parteiensystems nach dem Beispiel Italiens kein Einzelfall, sondern eine reale Gefahr für alle politischen Systeme in Europa ist. Diese Gefahr gilt auch für Österreich und damit auch für die Sozialdemokratie hierzulande, wie ihr die Ereignisse der Bundespräsidentenwahl bereits deutlich anzeigten, zu erkennen.

In jedem Fall zeigen die Ereignisse in Frankreich rund um Macron aber auch: Ein deutliches Bekenntnis zur »fortschrittlichen« Globalisierung, zur Europäischen-Integration und zur technisch-ökonomischen Modernisierung bewegt Wähler\*innen, polarisiert und mobilisiert. Die Rolle der Sozialdemokratie in einer solchen Wähler\*innenkoalition wäre es, an die Verlierer\*innen dieser Modernisierung zu erinnern und diese – durch Bildungspolitik, wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen, vor allem aber durch eine, die Konjunktur belebende, Wirtschaftspolitik – so gut wie möglich gegen die einhergehenden Modernisierungsverluste abzusichern. Die Absagen an wirtschaftlichen Protektionismus, Il-liberalität und Ausländerfeindlichkeit eröffnen jedoch Raum für die nationale Rechte, die sich dem gegenüber vordergründig – siehe das Beispiel der FPÖ in Österreich – als »Soziale Heimatpartei« positionieren kann und auf Basis des emotionalen Themas Migration, und dessen herausfordernden Konsequenzen in den Milieus der Lohnabhängigen im unteren und mittleren Einkommenssegment, das Einbrechen in die potentielle Kern-Wähler\*innenschaft der Sozialdemokratie vollzieht.

## WAS ALSO TUN?

**Option 1:** Eine sozialdemokratische Modernisierungspolitik im Bündnis mit den »fortschrittlichen« globalisierungsfreundlichen Kapitalfraktionen weiterführen. Diese könnte am Beispiel Österreich wie folgt aussehen:

1) Das Eintreten für europäisches Investitionsprogramme (Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, europäische Netze) – finanziert über Kreditaufnahmen der Europäischen Union und/oder möglichst gekoppelt an einen Euro-Finanzausgleich.

2) Das Eintreten für einen zumindest partiellen Schuldenerlass (faktisch oder per Streckung der Laufzeiten) für Griechenland und andere südeuropäische Länder und Investitionen der EU in diesen Ländern, mit dem Ziel die Leistungsfähigkeiten der Euro-Volkswirtschaften aneinander anzugleichen.

3) Klares Eintreten für internationale Handelsabkommen wie TTIP und CETA, wenn auch ergänzt um Schutzbestimmungen für Mensch und Natur.

4) Bildungsreformen mit bestmöglicher frühkindlicher Förderung, Tagesschule und gemeinsamer Schule, zumindest bis 14.

5) Den starken Ausbau des berufsbildenden tertiären Bildungssystems (besonders jener der Fachhochschulen), Etablierung einer – in diesem Sinne akademischen – Fort- und Weiterbildung für Fachkräfte, mit Erfolgsevaluierungen, auch um den Preis von Studienplatzbewirtschaftung und -gebühren, wenn im Abtausch dafür, die echte verschränkte gemeinsame Tagesschule als Regelschule durchgesetzt werden kann.

6) Weiterbildungsstipendien für Erwachsene. Fortsetzen des Forcierens des lebenslangen Lernens.

7) Umfassende Verwaltungsreform und Entbürokratisierung. In Österreich: Ein Zurückfahren des überbordenden Länder-Föderalismus. Dem gegenüber das Stärken der Städte und Kommunen (echte Subsidiarität) sowie der strategischen Steuerungsfähigkeit des österreichischen Nationalstaates. Umfassende Digitalisierungsstrategien der staatlichen Verwaltung. E-Gouvernement.

8) Das Neu-Strukturieren der Sozialversicherungsträger zum Heben von Synergien und der weiteren Reduktion von

Overhead- und Verwaltungskosten, zu Gunsten des bestmöglichen Absichern der Leistungen für Sozialversicherte.

9) Das umfassende Modernisieren der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur in Österreich sowie des Ausbaus einer öffentlichen Verkehrsinfrastruktur in den Flächenbundesländern, als leistungsstarker Zubringer zu den Hauptverkehrsachsen. Damit die Steigerung der ökologischen und finanziellen verträglichen Mobilität von Arbeitskräften, auch außerhalb der städtischen Zentren und damit auch die indirekte Dämpfung der Immobilienpreisentwicklung, durch das Attraktivieren dezentraler, ländlicher, und derzeit noch günstigeren Wohnlagen.

10) Schutz der Überstundenzuschläge durch das phasenweise Ermöglichen eines 12-Stunden-Tages, bei zeitgleicher Beibehaltung der Überstundenzuschläge ab der neunten Stunde.

11) Eine Lohnpolitik, die nach dem Vorbild der Elektroindustrie die »Freizeit-Option« in die Verhandlungsstrategien der Gewerkschaft aufnimmt und faktisch eine einschleifende Reduktion der Wochenarbeitszeiten einläutet.

**Option 2:** Die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates im Bündnis mit »rückschrittlichen« globalisierungs- und modernisierungskritischen Kapitalfraktionen bedeutet am Beispiel Österreich:

1) Ein faktisches Infrage stellen der europäischen Integration und den Versuch, protektionistische Maßnahmen durchzusetzen.

2) Restriktive Migrations- und Integrationspolitik.

3) Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit und der Arbeitnehmer\*innen-Freizügigkeit, auch unter Inkaufnahme von EU-Vertragsverletzungsverfahren;

4) Maßnahmen gegen Export von Sozial- und Familienleistungen.

5) Absage an Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP. Durchsetzung einer nachhaltigen »Glockalisierung« im Bereich der lokalen und regionalen Produktion und Versorgung mit Alternativ-Energie und Lebensmittel.

6) Bestandsgarantie für Leistungen der Sozialversicherungen auf gegebenem Niveau. Änderungen allenfalls bei Sozialhilfe (höhere Arbeitsanreize).

7) Das Eintreten für eine Reduzierung der Euro-Zone auf den ehemaligen DM-Block: Einstellen aller Finanzhilfen für Griechenland und Südeuropa; Inkaufnahme der Zahlungsunfähigkeit einzelner EU-Staaten.

8) Gesetzlicher Mindestlohn (1.500 EUR brutto monatlich bei Vollzeit)

9) Schwächung des Einflusses der Sozialpartnerschaft auf die Politik. Politische Entscheidungen auch ohne Sozialpartnerkonsens.

### LACKMUSTEST FÜR DIE NATIONALE RECHTE

Die nationale Rechte hätte in diesem Szenario einen Lackmustest zu erbringen: Meint sie es ernst, mit ihrer »Wir zuerst-Rhetorik im sozialen Sinne«? Oder ist/bleibt sie lieber Lakai der rückschrittlichen aber einflussreichen Kapitalfraktionen? Die Art und Weise wie in Österreich die FPÖ programmatisch mit Kurz (Obmann der bürgerlichen ÖVP) und seinem Sozialabbauprogramm (Kurz IV nach dem Vorbild Hartz IV, Senkung der Steuer- und Abgabenquote ohne Gegenfinanzierung) fraternisiert, steht im Widerspruch zur »proletarisierten« neuen sozialen Basis der FPÖ. Es ist wichtig und richtig, dem Rassismus und den totalitären Ansätzen der FPÖ entgegen zu treten. Die Achillesferse der FPÖ – nämlich das Spannungsfeld zwischen ihrer Wähler/innen-Basis aus den Milieus der Lohnabhängigen, gekoppelt mit ihrem Selbstanspruch als »Soziale Heimatpartei« und das gleichzeitige Drängen der FPÖ-Partei-Eliten auf eine neoliberale Agenda auf Kosten und zu Lasten der Lohnabhängigen – wurde trotzdem viel zu lange und viel zu zaghaft von Seiten der Sozialdemokratie und Gewerkschaften attackiert, obwohl es auch das Dilemma der FPÖ bei Wahl ihrer Wunschkoalition deutlich aufzeigt.

Der strategische Ansatz, einen »sozialen Lackmustest für die nationale Rechte« zu Ende gedacht, stellt die gesamte europäische Linke, wie am Beispiel der SPÖ oben argumentiert, vor die Konsequenz, ihre bisherige – wenig strategisch durchdachte und differenzierte – Quarantäne-Position gegenüber der nationalen Rechten selbst-kritisch zu überdenken. Die Frage muss erlaubt sein: Warum ist jenes Zweck-Bündnis, welches Tsipras in Griechenland (zu Recht) wagen musste, – bei entsprechender linken Agenda – für viele sich als links

Verstehende, kein Modell für Österreich oder andere Länder in Europa?

**Option 3:** Eine Synthese aus den beiden genannten Optionen heraus, aber trotzdem mit eigenständiger Qualität in Form eines »New Deal für Österreich in und für ein soziales Europa« kann programmatisch für die Sozialdemokratie bedeuten:

1.) Es gibt potentiell sozio-ökonomischen Spielraum im EU-Binnenmarkt, der eine Sozialdividende für Lohnabhängige abwerfen könn(t)e. Voraussetzung: Sowohl die Institutionen, wie auch einzelnen Regierungen der Mitgliedsstaaten der EU werden mit politischen Druck dazu gezwungen, den EU-Binnenmarkt mit seinen jetzt 500 Millionen Menschen in Richtung einer »supranationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik« und damit in Richtung »Soziales Europa« weiter zu entwickeln. Dazu müsste die EU ihre Markt- und ihre potentielle politische Macht, in diesem Sinne in die globale Arena werfen. Soweit herrscht wohl Einigkeit in weiten Teilen der europäischen Linken. Die Frage ist, in welchen sozialen und politischen Bündnissen dieser Druck aufgebaut werden könnte.

2.) Aufgrund geringer gewordenen bzw. fehlenden sozio-ökonomischen Spielraums auf Ebene des einzelnen EU-Nationalstaates, sieht sich die Finanzkapital-Elite Europas derzeit mit einem zahnlosen Gegner konfrontiert, wodurch es für sie ein Leichtes ist, jede Form der faireren Beteiligung am Gemeinwohl (z. B. mittels Vermögenssteuern) kategorisch abzulehnen oder trickreich abzuwehren. Mehr noch: Zieht man in Betracht, dass über die Bankenrettung die Verluste der Spekulationskrisen auf den globalen Finanzmärkten sozialisiert wurden, haben diese Finanzkapital-Eliten faktisch einen »Sozialismus für das privat angeeignete Kapital aus Profiten« durchgesetzt. So gesehen ist es nachvollziehbar, warum diese Finanzkapital-Elite mit Mitteln (politischen Lobbyismus, massenmedialen Propaganda, usw.) gegen Vermögenssteuern, für »ihre« Form der Globalisierung und gegen ein demokratisch konsultiertes EU-Europa (weiterentwickelt zu einem »supranationalen Sozialstaat«) ankämpfen lässt. Dabei ihre nützlichsten Idioten: Die Parteien der nationalen Rechten, die – siehe das Beispiel FPÖ in Österreich- gegen jede Form der Vertiefung der EU und aber auch gegen jede Form von Vermögenssteuern agitieren. Wie die nationale Rechte ihre »nationale« Sozialpolitik finanzieren kann, bleibt wage bis unbeantwortet, was an ihrer Attraktivität jedoch nichts ändert, weil ihr Dauerbrenner Migration und Integration emotional zugespitzt

alle Widersprüche und Unklarheiten zudecken hilft. Weniger freiwillig, aber ebenso ein Stück mit dabei: Die radikale Linke, Teile der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, wie auch Teile der Zivilgesellschaft, die ausblenden, welche sozio-ökonomischen Hintergründe die aktuellen (partei)politischen Auseinandersetzung in den Ländern Europas sowie um die Form der Vertiefung EU-Europas im Kern zu Grunde liegen.

3.) Dieses komplexe Interessensgewirr ist auch die Basis für das völlig falsche, auch massenmedial transportierte und kulturell reproduziertes »Freund-Feind-Schema«, dem viel zu viele Linke bzw. sozial-liberal Gesinnte auf den Leim gehen. Wie wird heute in der Mainstream-Öffentlichkeit links und rechts definiert? Anhand von Überbau-Themen wie Migration und Integration, sexueller Orientierung, Lebensentwurf oder kulturellen Vorlieben. Die Dominanz dieses keineswegs »sozialistischen« Verständnisses, richtet aber eigentlich bereits die Scheinwerfer auf die Defizite der Linken in ihrer Kern-Disziplin: Der Verteilungsfrage! Der sozialen Fragen! Es sind die Faktoren hohe Beschäftigung (bis hin zur Vollbeschäftigung), dadurch ermöglicht hohe Lohnquoten, Fortschritte in der sozialen und kulturellen Wohlfahrt, auf die es eigentlich ankommt. Anders gesagt: Es geht um das Verwirklichen sozialer Sicherheit sowie demokratischer und kultureller Teilhabe, als Basis individueller Freiheit. An diesem Punkt trennt sich die Spreu vom Weizen. Hier trennt sich das politische Spektrum in links und rechts. Zusammengefasst: Es geht um die soziale Frage, Stupid!

4.) Neue politische Bündnisse haben den Zweck, Interessen und Kräfte zu bündeln, um Teilziele mit gemeinsamer Schnittmenge politisch zu erreichen. Derartige Bündnisse hatten und haben stets einen vorübergehenden Charakter. Historisch kann in Österreich z.B. an das Bündnis der noch wenig organisierten Arbeiter\*innenklasse mit den national-liberalen Teilen des Bürgertums im Revolutionsjahr 1848 erinnert werden. Die Parteien der Rechten, auch in Österreich (ÖVP und FPÖ), sind aber kein monolithischer Block. Eine sozialdemokratische Politik für eine faire Globalisierung spaltet potentiell auch hier entlang von Interessenlagen, sowohl in der FPÖ (proletarisierte Basis), wie auch in der ÖVP (Teile des Bauernbundes, der Agrar-Sektor, Teile der mittelständischen Wirtschaft, Teile der soziale Basis von FPÖ und ÖVP in den Milieus der an ihnen orientierten Lohnabhängigen) und eröffnet damit der Sozialdemokratie potentiell Spielräume.

5.) Die Sozialdemokratie und die von ihr dominierten

Gewerkschaften brauchen (wieder) den Mut, genau das einzufordern, weshalb sie in Österreich auf einen pro-EU-Kurs einschwenkten: Um eine Sozial-Dividende mit Hilfe/auf EU-Ebene durchzusetzen, die sich in Österreich – sozio-ökonomisch auf sich alleine gestellt – nicht mehr erlösen hätte lassen.

6.) Im Kern läuft die Option drei also darauf hinaus, die EU- und globalisierungskritische Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung zu nutzen, um die Institutionen der EU, sowie die Administrationen der einzelnen EU-Staaten wirtschafts- und sozialpolitisch handlungsfähig zu machen, um eben das zu tun, was auf nationaler Ebene kaum mehr machbar ist: Die Modernisierungsverlierer, über den Weg des Wohlfahrtsstaates, an den Modernisierungsgewinnen zu beteiligen.

7.) In Umsetzung der Option drei signalisieren Sozialdemokratie und Gewerkschaften den globalisierungsfreundlichen Kapitalfraktionen zwar Unterstützung wie bei Option eins, aber nur unter der Bedingung, dass diese Kapitalfraktionen das Weiterentwickeln der EU zur Sozialunion zumindest tolerieren. Eine gesamteuropäische Investitionspolitik (Europäische Netze) legt den Grundstein für eine neue wirtschaftliche Prosperität in Europa und verbessert tendenziell Verwertungsbedingungen des Kapitals in der Realwirtschaft (wie Option eins). Im Unterschied zu Option eins aber, bindet Option drei auch globalisierungskritische Kapitalfraktionen und Bevölkerungsschichten ein, indem lokale und europäische Produktionen gezielt gefördert werden (z. B.: durch Umstellung der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs auf erneuerbare Energieträger). Diese neue europäische Investitionspolitik, könnte somit als »grün-roter New Deal für Europa« konzipiert und bezeichnet werden. 🍷

#### HERBERT BUCHINGER

ist Jurist, ist Vorstand des AMS Österreich und einer der führenden Arbeitsmarkt-Experten Österreichs. Buchinger war in den 1970er-Jahren maßgeblich an der politischen Neuausrichtung der sozialistischen Jugendverbände, insbesondere auch jener der Sozialistischen Jugend beteiligt.

#### BERNHARD L. WIELAND

ist Geschäftsführer der Kinderfreunde in Niederösterreich, studierte Politische Kommunikation und forscht zum Thema Strategie und Kommunikation von Nonprofit-Organisationen. Er war bis 2009 führend in Sozialistischen Jugend aktiv.



# WORLD PRESS PHOTO 17

WESTLICHT



Langzeitprojekte – Dritter Preis

© **Markus Jokela, Helsingin Sanomat**

**Titel: Table Rock Nebraska**

Die Cheerleader Melissa Bernadt und Jennifer Burnedt bereiten sich auf das Heimspiel des Abends vor. Table Rock, Nebraska, USA, 1. September 1992

Table Rock is a small rural community in Nebraska, USA, which is shown from 1992 until March 2016. It hasn't really changed over the years. It's a place where nothing happens. Most people living in Table Rock spend their whole lives there. Some try living in bigger towns, but often return to raise their children in their hometown, where they feel safe and secure.

# Infrastruktur schafft Wohlstand

**Julian Jäger argumentiert**, dass die dritte Piste am Flughafen Wien für die Zukunft der gesamten Region wichtig ist. Klimaschutz sieht er dabei nicht als Widerspruch.

**D**as mittlerweile wieder aufgehobene Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichts gegen den Bau einer dritten Start- und Landebahn am Flughafen Wien hat eine breite Diskussion ausgelöst, die weit über die Grenzen des Airports hinausgeht. Die zentrale Frage lautet, wie wir in Österreich und Europa den notwendigen (Aus-)Bau von qualitativ hochwertiger (Verkehrs-)Infrastruktur mit den Zielen des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit vereinbaren können. Diese Debatte wird sicherlich noch länger andauern, eines sollte jedoch bereits jetzt klar sein: Die Antwort kann nicht lauten, einfach keine Infrastruktur mehr zu bauen. Das würde den Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft massiv gefährden.

## EINE STADT UND IHR FLUGHAFEN

Wien ist Weltstadt und hat die 2-Millionen-Einwohnergrenze bald wieder überschritten. Die Donau-Metropole ist Sitz vieler Internationaler Organisationen und Agenturen sowie von hunderten Unternehmen, die ihre Mittel- und Osteuropa-Zentralen hier angesiedelt haben. Wien ist die lebenswerteste Stadt der Welt und Zentrum einer der wirtschaftlich dynamischsten Regionen Europas. Was Wien dabei auszeichnet, ist unter anderem die hervorragende Lage im Herzen Europas und eine ausgezeichnete Anbindung an die Transeuropäischen Verkehrsnetze. Dabei spielt die Erreichbarkeit auf allen Verkehrswegen eine wichtige Rolle – auch in der Luft. Diese Erreichbarkeit kann nur mit hochwertiger Infrastruktur und ausreichender Kapazität gewährleistet werden. Ein gut funktionierender Flughafen mit vielen Direktverbindungen ist dafür unerlässlich.

Das kann langfristig aber nur erreicht und abgesichert werden, wenn die notwendige Infrastruktur rechtzeitig und in hoher Qualität zur Verfügung gestellt wird. Aus diesem

Grund verfolgt die Flughafen Wien AG seit nunmehr 17 Jahren das Projekt »Dritte Piste«. Daran hängt aber bei weitem nicht nur der Erfolg des Flughafens, sondern auch zu einem signifikanten Teil die Entwicklung der gesamten Region.

## DIE GESCHICHTE EINES PROJEKTS

Von 2000 bis 2005 fand das umfangreichste in Europa jemals durchgeführte Mediationsverfahren statt. Rund 50 Verfahrensparteien (Bürgerinitiativen, Anrainergemeinden, die Bundesländer Wien und Niederösterreich, Austrian Airlines, die Flugsicherung Austro Control etc.) haben in die Suche nach einvernehmlichen Lösungen tausende Stunden gemeinsamer Arbeit investiert. Abgeschlossen wurde dieser Prozess mit dem zivilrechtlich verbindlichen Mediationsvertrag, der Einrichtung des Dialogforums als Kommunikationsplattform und der Gründung des Umweltfonds. Die Flughafen Wien AG hat dabei freiwillige Verpflichtungen übernommen, die weit über das gesetzlich vorgeschriebene Ausmaß hinausgehen.

Nachdem die Umweltverträglichkeitserklärung im Jahr 2007 eingereicht werden konnte, dauerte es rund fünf Jahre bis zum erstinstanzlichen, positiven Urteil durch die Behörde. Eine Entscheidung, die von den Projektgegnern selbstverständlich beeinsprucht wurde. Noch einmal fünf Jahre danach – wir befinden uns bereits im Februar 2017 – dann der Paukenschlag: Das bvwG entscheidet in seinem Erkenntnis, dass das Projekt nicht genehmigungsfähig sei. Das öffentliche Interesse am Klimaschutz und am Verbrauch von Ackerland würde schwerer wiegen als das Interesse an der Schaffung von Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum, Mobilität und der Bedeutung einer dritten Piste für den Standort Österreich.

## GROB VERKANNT

Der VfGH findet für diese Entscheidung klare Worte: Das

bvWG hat in seinem negativen Erkenntnis vom Februar »die Rechtslage in mehrfacher Hinsicht grob verkannt«, somit ist die »angefochtene Entscheidung mit Willkür« belastet und aufzuheben. Zwar haben vor allem die Projektgegner das negative Urteil aus politischen Überlegungen bejubelt, juristisch und inhaltlich war es jedoch aus vielen Gründen unhaltbar. Das beginnt bereits damit, dass bei der Interessenabwägung nur jene öffentlichen Interessen berücksichtigt werden dürfen, die nach dem Luftfahrtgesetz (LFG) wahrzunehmen sind. Die Staatszielbestimmung des umfassenden Umweltschutzes kann demnach nicht so ausgelegt werden, dass sämtliche Emissionen des Flugverkehrs und sämtliche Klimaauswirkungen der Luftfahrt einer Projektgenehmigung entgegenstehen können.

Weiters hat das bvWG nicht nur oft die falschen Rechtsgrundlagen herangezogen, sondern einzelne Gesetze geradezu denkunmöglich angewandt. So stützen sich die Verwaltungsrichter auf das Klimaschutzgesetz (KSG), welches sektorenbezogene CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele definiert. Während im Verfahren der Bedarf der dritten Piste stets ab dem Jahr 2025 angegeben ist, ist das KSG überhaupt nur bis 2020 gültig. »Grob verkannt! Offensichtlich falsch wurde auch das Thema »Bodenverbrauch« behandelt. So argumentiert das bvWG, dass die Versiegelung der Fläche für die dritte Piste dazu führt, dass wertvolles Ackerland verloren ginge, dessen Erhaltung jedoch »für zukünftige Generationen zur Nahrungsmittelversorgung dringend geboten« sei. Nicht nur, dass die Argumentation stark hinkt, vor allem gibt es keinerlei Rechtsgrundlage dafür. Wieder »grob verkannt«.

Speziell bei der Frage der CO<sub>2</sub>-Emissionen unterlaufen dem bvWG gleich mehrere Irrtümer (siehe weiter unten) und es verwechselt rechtliche Regimes zur Emissionsreduktion – völkerrechtliche Verträge mit anzuwendendem Recht, landesgesetzliche Vorgaben mit Bundesgesetzen und schließlich Regelungen für Luftfahrtemissionen mit herkömmlichen Emissionen. Verkannt! Am Ende bleibt ein klares Urteil: Das Erkenntnis der zweiten Instanz wurde aufgehoben, das bvWG muss sich erneut mit der Sache befassen – auch wenn Grüne, Umwelt-NGOs und andere Projektgegner das als harten Schlag empfinden.

### DIE WAHRE ZIVILGESELLSCHAFT

Apropos: Wer im letzten halben Jahr die öffentliche Debatte verfolgt hat, könnte meinen, dass sich lediglich einige NGOs als »Gallisches Dorf« gegen Lärm- und CO<sub>2</sub>-Emissionen der Luftfahrt positionieren. Jedoch weist die Berichterstattung

bedauerlicherweise eine gehörige Lücke auf: Kaum jemand spricht über jenen Verein, in dem sich seit dem Ende des Mediationsverfahrens Woche für Woche BürgerInnen aus den Anrainergemeinden engagieren. Das »Dialogforum Flughafen Wien« ist ein europäisches Best-Practice-Beispiel für BürgerInnen-Beteiligung. Das Dialogforum hat die Aufgabe, für das Umland relevante Themen und Konflikte, die mit der Flugverkehrsentwicklung und den Ausbauplänen des Flughafen Wien im Zusammenhang stehen, zu behandeln und für einen partizipativen, transparenten, kooperativen und fairen Kommunikationsprozess zu sorgen, der das Finden konsensueller Lösungen unterstützt. Damit soll ein bestmöglicher Interessensausgleich zwischen Flugverkehrswirtschaft und den von den Auswirkungen des Flugbetriebs betroffenen AnrainerInnen und Gemeinden erzielt werden. Es sind nunmehr Austro Control und Austrian Airlines, alle Gemeinden des erweiterten Umlands des Flughafens, Bürgerinitiativen aus diesen Regionen, die Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland, die Umweltschutzvereine Wien und Niederösterreich sowie Gemeinden aus den angrenzenden Bezirken in den Dialog eingebunden.

Natürlich ist es legitim, wenn sich einige Gruppierungen bewusst nicht auf diesen Dialog einlassen wollen und ihre Interessen lieber als Außenstehende verfolgen wollen. Es wäre aber respektlos und inhaltlich völlig falsch, die unersetzliche Arbeit dieses Vereins und die unzähligen geleisteten Stunden der Beteiligten einerseits nicht zu würdigen und andererseits den Begriff »Zivilgesellschaft« ausschließlich für sich selbst zu beanspruchen. Der Gipfel der Absurdität ist erreicht, wenn jene BürgerInnen, die sich für diese Mühe über viele Jahre nicht zu schade sind, sogar abgewertet und in ein schlechtes Licht gerückt werden. Denn eines ist längst bewiesen: Die Ergebnisse, die sowohl im Mediationsprozess als auch im Dialogforum erarbeitet wurden, haben die Situation für alle Betroffenen real verbessert. Hingegen bringt der teilweise zelebrierte Aktionismus gegen ein Infrastrukturprojekt niemanden weiter. Zudem werden von den Projektgegnern immer wieder Fakten außer Acht gelassen und (wie auch vom bvWG) unterschiedliche Themenbereiche miteinander vermischt.

### DIE EMISSIONS-IRRÜMER

Kommen wir gleich zum zentralen Missverständnis: Durch ein Verbot der dritten Piste wird kein Gramm an CO<sub>2</sub> weniger ausgestoßen! Das Bundesverwaltungsgericht selbst hat den wachsenden Bedarf an Flügen bestätigt. Im zweiten Schritt aber sagt das bvWG: Gibt es die dritte Piste nicht, dann gibt es auch diese Flüge nicht. Das ist ein klassischer Trugschluss.



Denn die Nachfrage an Flügen wird es so oder so geben. Die Frage wird nicht sein, ob, sondern wo der Bedarf befriedigt wird – in Wien oder doch in München, Prag oder Bratislava.

Der Flughafen Wien – und das wird oft übersehen – unternimmt sehr große Anstrengungen, um die von ihm beeinflussbaren Emission zu reduzieren: So konnten die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Jahren 2012 bis 2016 um rund 27% und der spezifische Strombedarf pro Verkehrseinheit um 14,4 % reduziert werden. Allerdings zählen gerade die Emissionen der Luftfahrzeuge nicht zu diesen »beeinflussbaren Emissionen« – das hat auch der Verfassungsgerichtshof zu Recht angemerkt. Zudem konnte der Flughafen Wien unlängst einen weiteren Erfolg in puncto Nachhaltigkeit erreichen: Im internationalen Zertifizierungssystem ACA (Airport Carbon Accreditation) hat VIE Level 3 erreicht. Das zeigt jene Phase an, in dem ein Flughafen seine CO<sub>2</sub> Emissionen nicht nur erfasst und reduziert, sondern bereits optimiert. Das vierte Level und nächste Ziel des Flughafens ist es CO<sub>2</sub>-neutral zu werden. Eine unter vielen Maßnahmen wird dabei der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen sein, für den die FWAG bis zu € 30 Millionen investiert.

Wesentlich für die VfGH-Entscheidung war auch die fehlerhafte Berücksichtigung der »Cruise-Emissionen«. Das BwVG rechnet nämlich sämtliche Emissionen, die z. B. bei einem Flug von Wien nach New York anfallen, dem Projekt ‚Dritte Piste‘ zu. Herangezogen werden können aber lediglich jene Emissionen, die sich aus den Start- und Landevorgängen von Luftfahrzeugen am Flughafen ergeben.

Ein weiterer Denkfehler passiert etwa, wenn sich das BwVG auf internationale Verpflichtungen der Republik beruft – namentlich das Kyoto-Protokoll und das Pariser Klimaabkommen. Erstens können diese Verpflichtungen ohne weitere gesetzliche Schritte nicht einfach auf eine (juristische) Person angewandt werden. Und zweitens ist die internationale Luftfahrt aus beiden Abkommen explizit ausgenommen. Der Flugverkehr hat ganz eigene rechtliche Rahmen: Auf EU-Ebene ist es das Emissionszertifikatehandelssystem (EU-ETS), das den CO<sub>2</sub>-Ausstoß deckelt. Auf globaler Ebene soll das von der Internationalen Zivilluftfahrtsorganisation (ICAO) neu geschaffene CORSIA-System dafür sorgen, dass die globale Luftfahrt ab 2020 nur noch CO<sub>2</sub>-neutral wächst.

### VIELE VORTEILE

Die dritte Piste wäre eine der wichtigsten Investitionen in Verkehrsinfrastruktur in Ostösterreich. Das Projekt hätte zur Fol-

ge, dass in Zukunft bis zu 30.000 zusätzliche Jobs geschaffen werden. Entweder direkt bei den Luftverkehrsunternehmen, indirekt bei Zulieferern oder induziert durch die wachsende Kaufkraft in der Region. Dass bereits heute 80.000 Arbeitsplätze in Österreich mit der Luftfahrt verbunden sind, zeigt, dass dieses Ziel durchaus realistisch ist.

Weiters haben sich bereits heute rund 230 Unternehmen am oder rund um den Flughafen Wien angesiedelt. Diese Zahl steigt konstant – vor allem dann, wenn es eine Wachstumsperspektive am Standort gibt. Die bereits erwähnten internationalen Unternehmen sind besonders darauf angewiesen, dass es viele, möglichst direkte Verbindungen in andere Städte Europas und der Welt angeboten werden. Dasselbe gilt für die vielen Internationalen Organisation, wie etwa die Vereinten Nationen oder die OSZE. Diese sogenannte Konnektivität kann nur dann verbessert werden, wenn ausreichenden Kapazitäten verfügbar sind.

Für den Flughafen ist also entscheidend, für diesen wachsenden Bedarf auch die benötigte Kapazität zur Verfügung stellen zu können, und zwar primär in den Spitzenstunden. Denn: Ein Flughafen ist dann attraktiv, wenn er genügend Slots in den gefragten Zeiträumen (z. B. in der Früh outgoing und am Abend incoming) bereitstellen kann. Das ist auch die Voraussetzung, um zusätzliche Flugzeuge in Wien stationieren zu können. Am Flughafen Wien ist die Auslastung in den Spitzenstunden bereits heute sehr hoch, was sich in den nächsten Jahren weiter zuspitzen wird.

Der Bau der dritten Piste gilt außerdem langfristig als Lebensader für den Erfolg der Tourismusdestination Wien. Derzeit verzeichnet Wien rund 15 Millionen Nächtigungen pro Jahr. Im starken Wettbewerb mit anderen europäischen Städten ist wiederum die hohe Konnektivität am Flughafen Wien ausschlaggebend. Dasselbe gilt auch für Kongressreisen: Jährlich finden über 3.700 derartige Veranstaltungen in Wien statt. Sollte es durch Kapazitätsengpässe zu einer verschlechterten Anbindung nach Wien kommen, wäre der Status als zweitgrößte Kongressstadt der Welt geschwächt.

### DER AUSBLICK

Vor dem Jahr 2027 ist nun nicht mit dem Betrieb der dritten Piste zu rechnen. Der Verlauf im Genehmigungsprozess bedeutet nämlich eine jahrelange Verzögerung und weiterhin enorme Verfahrenskosten. Das ist ein zentrales Problem, das Österreich (und überhaupt Europa) möglichst schnell besei-



tigen muss. Denn die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur verzögern sich oder bleiben aus, obwohl genügend Geld und Wille vorhanden wären. Dabei verlieren wir alle. Vor allem ist der (scheinbare) Widerspruch von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz zu lösen. Die dritte Piste aber deshalb nicht zu bauen, würde bedeuten, sehr viel zu verlieren (Jobs, Unternehmen, Wachstum, Anbindung), aber nichts dabei zu gewinnen (Kein Gramm CO<sub>2</sub> wird gespart). Das kann nicht der richtige Weg sein. Denn Österreich muss weiterhin gut angebunden und erreichbar sein. Nur so können wir den Wohlstand auch für kommende Generationen sichern. Der Flughafen Wien wird seinen Teil dazu beitragen! 🍷

### **JULIAN JÄGER**

ist seit 2011 Vorstandsdirektor der Flughafen Wien AG und war von 1995-97 Bundesvorsitzender des vssstö.

Meldung über Erkenntnis des BvWG vom 2. Februar 2017: [https://www.bvwg.gv.at/presse/dritte\\_piste\\_des\\_flughafens\\_wien.html](https://www.bvwg.gv.at/presse/dritte_piste_des_flughafens_wien.html), 21.07.2017

Die Interessenabwägung stützt sich auf §71 Abs.1 lit.d LFG: „ Die Zivilflugplatz-Bewilligung ist zu erteilen, wenn a) das Vorhaben vom technischen Standpunkt geeignet und eine sichere Betriebsführung zu erwarten ist, b) der Bewilligungswerber verlässlich und zur Führung des Betriebes geeignet ist, c) die finanziellen Mittel des Bewilligungswerbers die Erfüllung der aus diesem Bundesgesetz für den Flugplatzhalter sich ergebenden Verpflichtungen gewährleisten, und d) sonstige öffentliche Interessen nicht entgegenstehen.“





Reportagen – Erster Preis, Einzelbilder

© **Laurent Van der Stockt,**

**Getty Images Reportage for Le Monde**

**Angriff auf Mosul**

In Gogjali, einem der östlichen Bezirke von Mosul, durchsuchen Mitglieder irakischer Spezialeinheiten am 2. November 2016 die Häuser nach IS-Kämpfern, Ausrüstung und Spuren.

The Iraqi Special Operations Forces, also known as the Golden Division, is the Iraqi unit that leads the fight against the Islamic State with the support of the airstrikes of the Coalition Forces. They were the first forces to enter the Islamic State-held city of Mosul in November 2016.



# System Change, not Climate Change!

**Magdalena Heuwieser argumentiert** gegen den Ausbau des Flughafens Wien, der eine fossile, emissionsintensive Mobilität für die nächsten Jahrzehnte in Beton gießen würde, sowie gegen die Förderung des umweltschädlichen Sektors der Luftfahrt insgesamt. Eine Absage an die dritte Piste wäre ein wichtiges Zeichen für ein notwendiges Umdenken in Zeiten des Klimawandels.

**G**enau jetzt, in diesem Moment, befinden sich etwa eine halbe Million Menschen in der Luft. Erst seit wenigen Jahren ist das Flugzeug als gängiges Transportmittel und das Bereisen sämtlicher exotischer Weltregionen zur scheinbaren Norm geworden. Billigflieger ermöglichen trotz begrenzter Zeit eine erschwingliche Entdeckung der Welt. Inzwischen ist diese Errungenschaft kaum wegzudenken aus Urlaubsplänen, dem Berufsalltag, der Wahl des Wohnorts oder der (Fern-)Beziehung.

## DIE SCHATTENSEITEN DES FLUGVERKEHRS

Das Problem ist jedoch, dass Fliegen die bei weitem klimaschädlichste Transportform darstellt: Für jede emittierte Tonne CO<sub>2</sub> verschwinden rund drei Quadratmeter arktisches Sommereis. Dies hat kürzlich eine in der renommierten Zeitschrift *Science* veröffentlichte Studie nachgewiesen. Fliegt eine Person von Wien nach Las Palmas (Kanarische Inseln) und zurück, hat das demzufolge das Abschmelzen von rund viereinhalb Quadratmetern Arktiseis zur Konsequenz.

Insgesamt trägt der weltweite zivile Luftverkehr mit rund 5 % zum Klimawandel bei, 2 % werden davon durch den Ausstoß von CO<sub>2</sub> verursacht, der Rest durch andere Klimaeffekte wie Ozon, Rußpartikel, Wasserstoff und Kondensstreifen. Die Internationale Energieagentur prognostiziert, dass sich der Flugverkehr zwischen 2005 und 2050 vervierfachen wird. 2034 sollen sich die Passagierzahlen verdoppelt haben – aktuell sind es pro Jahr etwa 3,4 Milliarden Flugreisen. Das heißt jedoch nicht, dass die Hälfte der Weltbevölkerung fliegt. Schätzungen vom Beginn des 21. Jahrhunderts gehen von einem Anteil von unter 5 % der Weltbevölkerung aus, der überhaupt je in einem Flugzeug saß.

Im weltweiten Vergleich ist das Fliegen demnach keine Norm. Eine neue Studie zeigt, dass ein Drittel der befragten österreichischen Bevölkerung (16 bis 69 Jahre alt) nie fliegt. JedeR sechste fliegt dafür mehrmals im Jahr. In Deutschland fliegen Angehörige der höchsten Einkommensgruppe im Schnitt 6,6 Mal pro Jahr, die der niedrigsten hingegen nur 0,6 Mal. Und GrünwählerInnen sitzen vergleichsweise am häufigsten im Flugzeug. Laut UNO sind nur 10 % der Weltbevölkerung für 80 % der motorisierten Passagier-Kilometer verantwortlich.

Das Mobilitätsversprechen gilt daher nicht für alle. Vielmehr ermöglicht die globalisierte Wirtschaft die Mobilität von Gütern sowie von westlichen Gesellschaften, aber nicht von allen Menschen. Sie will billige Hosen aus Pakistan, aber nicht die Einwanderung der pakistanischen Textilarbeiterin, die dort zu wenig verdient. Das vorherrschende Mobilitätssystem ist höchst exklusiv und imperial. Es beruht darauf, dass diejenigen, die sich schnell fortbewegen oder stets auf Überseeerzeugnisse zugreifen, dies auf Kosten anderer tun: auf Kosten der Umwelt, zukünftiger Generationen und derjenigen im Globalen Süden, die schon jetzt die dadurch verursachten Klimafolgen besonders stark zu spüren bekommen.

## »KLIMAWANDEL? NOT IN MY BACKYARD!«

Gerecht ist Flugverkehr also bei weitem nicht. Die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit hat sich dennoch bisher kaum auf das Themenfeld fokussiert und viele Umweltschutzorganisationen wagen sich nicht gern an den so tief verankerten, Freiheit versprechenden Flugverkehr heran. 2015 gründete sich in Österreich eine Bewegung für Klimagerechtigkeit mit dem Namen »System Change, not Climate Change!«. Ziel

war, vor dem großen Klimagipfel in Paris Druck zu machen und aufzuzeigen, dass die beim Gipfel verhandelten Strategien lange nicht ausreichen, um der Klimakrise gerecht zu werden. Seither ist die auf ehrenamtlicher Arbeit beruhende Bewegung weiter gewachsen und besteht aus Regionalgruppen in Wien, Graz, Salzburg und Kärnten.

Dass sich »System Change!« des Themas Flugverkehr annahm, lag daran, dass dieser genau im eigenen »Hinterhof«, in Wien-Schwechat, ausgebaut werden sollte. Die dritte Piste ist ein schon viele Jahre währendes Projekt, über das jedoch, außer von einigen Bürgerinitiativen gegen Fluglärm, kaum debattiert wurde. Das Thema blieb weitgehend unter der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle – bis das Bundesverwaltungsgericht im Februar 2016 scheinbar aus heiterem Himmel den Flughafenausbau untersagte. Alle fielen aus allen Wolken. Ein derartiges Prestigeprojekt verhindern, »nur« weil es über 600 Hektar fruchtbares Ackerland verbauen und zur Zunahme der österreichischen Treibhausgasemissionen um 1,79 bis 2,02 % führen würde? Sowohl was Klimaschutz als auch die Verlangsamung von Bodenversiegelung angeht, ist Österreich international und in nationalen Gesetzen, unter anderem in der eigenen Verfassung, Verpflichtungen eingegangen. Das Gericht schätzte somit das öffentliche Interesse an der Sicherung unserer Lebensgrundlagen wichtiger ein als Flugwachstum und mögliche neue Arbeitsplätze. Ein richtungsweisendes Erkenntnis, das weltweit auf positives Echo stieß und von vielen JuristInnen als richtiges und gut begründetes Urteil eingestuft wurde – unter anderem von der Umwelthanwaltschaft.

### VON LIPPENBEKENNTNISSEN UND GRÜNEN ABLENKUNGSMANÖVERN

Ein Aufschrei ging durch die Medien. Das Gerichtserkenntnis erschütterte scheinbar die Grundfesten der Wirtschafts- und Finanzwelt, sowie der Regierung, die sich bisher in Sicherheit gewogen hatte. Lippenbekenntnisse zum Klimaschutz gehören zwar inzwischen – mit Ausnahmen wie Trump oder FPÖ-PolitikerInnen – zum guten Ton. Dass aber die gesetzlich festgeschriebenen Klimaziele auch umgesetzt werden müssen, damit hatte niemand gerechnet. Hier ein paar technologische Schräubchen drehen, mehr Effizienz und Agrartreibstoffe, ein wenig Verschieben von Verantwortungen über den Emissionshandel – so läuft bisher der Klimaschutz, und so soll es auch laut Wirtschaft und regierender Politik auch bleiben.

»System Change!« versucht aufzuzeigen, dass wir mit diesen technologiefixierten und marktbasiereten Bearbeitungsstra-

tegien das in Paris bestätigte 1,5- bis 2-Grad-Ziel bei Weitem verfehlen und darüber hinaus neue Probleme und Ungerechtigkeiten produzieren. So haben der Boom der Agrartreibstoffe sowie Emissions-Ausgleichsprojekte (Offsets) im Globalen Süden zu vielerlei Menschenrechtsverletzungen, Land Grabbing und der Zerstörung von Ökosystemen geführt. Effizienz-Einsparungen bei ressourcen- oder energieintensiven Gütern wiederum werden häufig zunichte gemacht, da sie aufgrund billigerer Produktionsprozesse die Herstellung und den Konsum ankurbeln. Beispielsweise ist innerhalb von vier Jahrzehnten der Kerosinverbrauch neu entwickelter Flugzeuge um ein Viertel gesunken. Gleichzeitig stieg jedoch der gesamte Kerosinverbrauch linear an und ist zwischen 1970 und 2005 auf über das Doppelte gewachsen.

Technologische Verbesserungen von Flugzeugen sind minimal, den notwendigen Sprunginnovationen wie hybridem Fliegen werden selbst von der Flugindustrie noch mindestens 25 Jahre bis zur Reife vorausgesagt. Da Flugzeuge eine Lebensdauer von rund 30 Jahren haben, heißt das, dass noch mindestens bis in die 2060er emissionsintensive Maschinen im Einsatz wären. So lange weiter zu wachsen ist keine Option.

Keine Option ist ebenfalls, auf die neue internationale Luftfahrt-Klimastrategie zu verweisen, die die UN-Luftfahrtorganisation ICAO (International Civil Aviation Organisation) im Oktober 2016 verabschiedete. Diese klingt zwar mit ihrem CO<sub>2</sub>-neutralem Wachstumsziel ab 2020 gut, sie ist jedoch nichts anderes als eine Lizenz für unbegrenztes Wachstum. Tatsächlich sollen erst ab 2027 (fast) alle Airlines dazu verpflichtet werden, einen Teil ihrer internationalen Flugemissionen zu kompensieren, anstatt sie selbst zu reduzieren. Mittels billiger Emissionsgutschriften von Kompensationsprojekten (Offsets) im Globalen Süden kann sich die Flugindustrie somit freikaufen. Es handelt sich dabei um Projekte wie Wasserkraftwerke oder Baumplantagen, die nachweislich kaum Emissionen einspeichern, und häufig zu Menschenrechtsverletzungen und ökologischen Problemen führen. Dass dies nicht nur neo-koloniale Züge hat, sondern auch vom eigentlichen Problem ablenkt bzw. sogar neue schafft, zeigt »System Change!« ebenso auf.

Zum Zeitpunkt der internationalen Luftfahrt-Verhandlung im Oktober 2016 koordinierte die Klimabewegung globale Protesttage an verschiedenen Flughäfen, von Mexiko bis England, mit dem Titel »Stay Grounded. Aviation Growth Cancelled Due to Climate Change!«. In Wien fan-

den in diesem Zuge das erste Klimacamp ebenso wie eine Rad-Demonstration vom Stadtzentrum zum Flughafen statt, wo eine Kundgebung mit rund 400 Personen folgte. Im Mai 2017 organisierte »System Change!« ein zweites Klimacamp mit Kundgebung. Über 80 rot gekleidete Aktivist\*innen zogen zudem eine rote Linie am Flughafen: »Hier ist Schluss mit Wachstum«, lautete die damit vermittelte Nachricht.

### WO SIND DIE ROTEN LINIEN DES WACHSTUMS?

Die Reaktionen auf den vorübergehend gestoppten Bau der dritten Piste zeigen, dass bisher keine öffentliche Debatte darüber stattfand, wo Grenzen des Wachstums gezogen werden müssen, um unsere Lebensgrundlagen langfristig zu erhalten und den Klimawandel zu verhindern. Welche Wirtschaftssektoren sollen wachsen, welche dürfen das nicht mehr oder müssen sogar schrumpfen? Wie können diese Übergänge sozial gerecht gestaltet werden? Ist es sinnvoll, neue Infrastruktur zu bauen, die eine emissionsintensive Mobilität und Lebensweise für die nächsten Jahrzehnte einbetoniert? Diese Diskussionen braucht es dringend, wenn uns klar ist, was der Klimawandel tatsächlich bedeutet. Es handelt sich um kein nebensächliches Umweltproblem, um kein lästiges Ärgernis. Es geht tatsächlich um alles. Um extreme Wetterereignisse, um die Zukunft unserer Landwirtschaft und Ernährung, um Kriege um Ressourcen, um bald unbewohnbare Regionen und große Migrationsbewegungen, um unsere Wirtschaft, um Arbeitsplätze.

Die Diskussion wurde dank des Gerichtserkenntnisses teilweise begonnen, doch leider bisher vom Flughafen und problematischen Falschinformationen dominiert. »Entweder Wirtschaft und Umwelt gehen Hand in Hand. Oder wir verspielen unsere Zukunft.«, so heißt es auf den zig Plakaten an der Autobahn oder der Tatsachen ausblendenden und verkürzten Flughafen-Werbeseite drittepiste.at. »Entweder 3. Piste bauen. Oder am Himmel stauen.« Eine weitere Falschinformation, die suggeriert, durch Warteschleifen würden mehr Emissionen entstehen als durch die mittels der dritten Piste ermöglichte und einkalkulierte Verdoppelung der Flugpassagiere.

### MYTHOS DER 30.000 JOBS

Am präsentesten in der öffentlichen Debatte ist das Arbeitsplatzargument: »Entweder 30.000 Jobs bei uns. Oder in Bratislava.« Wie diese Zahlen zustande kommen sollen, wird vom Flughafen nicht erklärt. »System Change!« gestaltete die Website drittepiste.org, auf der Behauptungen zur dritten Piste mit Fakten widerlegt werden. So wissen beispielsweise die wenigsten, dass eine veraltete Daumenregel verwendet wurde,

um auf die Zahl von 30.000 Jobs zu kommen. Dafür müssten sich die Fluggäste mehr als verdoppeln – was definitiv unzählige weitere Anreize und Subventionen sowie eine gehörige Portion »Glück« im internationalen Wettbewerb und mehrere Jahrzehnte bräuchte. Eine Studie des Verkehrsministeriums kommt im optimistischsten aller Fälle auf 25.000 Jobs, das wahrscheinlichste Szenario mit dritter Piste wären aber 17.000. Und auch ohne neuer Piste kann mit 7.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen gerechnet werden, da die Kapazitätsgrenze der zwei Pisten noch lange nicht erreicht ist.

Man kann also von höchstens 10.000 neuen direkten und nachgelagerten Jobs durch eine dritte Piste sprechen. Diese Arbeitsplätze könnten auch geschaffen werden, wenn endlich Kurzstrecken- und ein Teil der Mittelstreckenflüge auf die Bahn verlagert würden. Zwei Drittel der Passagiere in Schwechat fliegen kürzer als 1.000 Kilometer. Eine 1.000 Kilometer lange Flugreise produziert circa 18 Mal so viele Emissionen wie eine gleich weite Bahnfahrt und ist dennoch häufig billiger. Jetzt noch Jobs über die Flugbranche zu schaffen, ist eine kurzsichtige Beschäftigungspolitik. Wir brauchen eine gerechte Transition von Arbeitsplätzen, weg von den veralteten, fossilen Bereichen, hin zur Bahn, zu erneuerbaren Energien, ökologischer Landwirtschaft und anderen klimafreundlichen Bereichen. Und zwar besser jetzt als später.

### UMWELT UND WIRTSCHAFT MÜSSEN HAND IN HAND GEHEN. SONST VERBAUEN WIR UNSERE ZUKUNFT.

Unsere Wirtschaft muss sich innerhalb der ökologischen Grenzen bewegen, sie kann gar nicht anders. Dieses Erkenntnis sickert zunehmend durch. Anstatt die roten Linien anzuerkennen, wird zunehmend ein internationaler Konkurrenzkampf darüber geführt, wer sich den überdimensionalen Zugriff auf Ressourcen und Senken auch zukünftig sichern kann – und wer die Konsequenzen trägt. Dies ist höchst unsolidarisch und schürt zunehmend Konflikte.

Es ist Zeit, dass diejenigen Sektoren, die am meisten ökologische Zerstörung verursachen, dafür verantwortlich gemacht werden. Das bedeutet auch, dass der Flugverkehr nicht weiter so massiv subventioniert werden darf. Schon jetzt entgehen Österreich 500 Millionen Euro pro Jahr durch die fehlende Kerosinsteuer, die Grundsteuerbefreiung von Flughäfen und Mehrwertsteuerbefreiung der Tickets. Die kürzlich halbierte Ticketsteuer wird ab 2018 zu weiteren 50 Millionen Euro Verlust führen. Es wäre keine gute Idee, nun auch noch



Milliarden in ein ökologisch und ökonomisch fragwürdiges Großprojekt zu stecken, für welches der Flughafen noch nicht einmal einen Finanzierungsplan vorgelegt hat – obwohl dies einen schweren Verfahrensfehler darstellt. Es scheint, wir steuern auf eine Art zweiten Skylink-Skandal zu.


Ein weiteres Argument dafür, dass die Investition in emissionsintensive Infrastruktur nicht wirtschaftlich sinnvoll sein kann, liefert die Studie »Cost of Inaction« des Climate Change Centre Austria: Schon jetzt betragen die Schäden durch Klimaereignisse rund eine Milliarde Euro pro Jahr. Jährliche Schäden von über acht Milliarden Euro könnten auf Österreich zukommen – wobei allein ökonomisch erfassbare Daten verwendet werden, wie Ausfälle in der Land- und Forstwirtschaft, im Wintertourismus oder Schäden durch zunehmendes Hochwasser.

»Doch warum ausgerechnet unsere dritte Piste stoppen, wenn doch hunderte Flughäfen weltweit (aus)gebaut werden?«, so das trotzig anmutende Argument von Flughafen und diversen PolitikerInnen. Warum hier keine Gentechnik, wenn es woanders erlaubt ist? Doch Klimaschutz ist nur durch eine Vielzahl von Änderungen weltweit möglich, und auch anderswo wächst der Widerstand gegen Flughafenprojekte. Wenn alle darauf warten, dass woanders das Klima geschützt wird, wird sich nie etwas tun. Das Genehmigungsverfahren der dritten Piste hat das Potenzial, richtungsweisend zu sein, auch für andere Länder.

### FAZIT: DER SYMBOLCHARAKTER DER DRITTEN PISTE

Die Geschichte rund um die dritte Piste birgt viel Potenzial: Sie kann den Klimaschutz endlich von einem Lippenbekenntnis zu einer Tatsache werden lassen. Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes (bvwG) hat Symbolcharakter – trotz ihrer kürzlichen Aufhebung durch den Verfassungsgerichtshof (VfGH). Sie zeigte, dass eine Politik, die ihre eigenen Gesetze und Verpflichtungen ignoriert, auf Widerstand treffen kann – nicht nur aus der Zivilgesellschaft, sondern auch von einer unabhängigen Justiz. Inzwischen wurde jedoch deutlich, dass diese bei »unangenehmen« Entscheidungen mit massivem Druck rechnen muss. So wollte die Regierung gar die Verfassung ändern, um ihren politischen Willen durchzusetzen. Wachstum und Wettbewerb als Staatsziele zu verankern, ist kurzfristig, engstirnig und höchst gefährlich. Wurde es auf nationaler Ebene noch abgewendet, so setzte Niederösterreich diese Maßnahme derweil weitgehend unbeachtet um.

Die Ende Juni verkündete Entscheidung des VfGH, das Urteil des bvwG aufzuheben, muss auch im Licht des politischen Drucks betrachtet werden. In der VfGH-Entscheidung wird der Umweltschutz praktisch ignoriert, obwohl er Verfassungsrang hat. Die gängige Berechnung von Flugemissionen über die Betankung von Kerosin wird zurückgewiesen, um allein die Emissionen bei Start und Landung der Flüge dem Flughafen Schwechat zuzurechnen. Es sei »denk unmöglich«, Klimaschutz bei Genehmigungsverfahren von Flughafeninfrastruktur als öffentliches Interesse heranzuziehen, so die Aussage. Nun liegt es erneut am Bundesverwaltungsgericht, die Entscheidung zu treffen und abzuwägen, ob nicht doch auch der wirtschaftliche Nutzen zweifelhaft ist und ob nicht die Lärm- und Gesundheitsschäden für die Bevölkerung ebenso ein öffentliches Interesse darstellen.

Wie auch immer das Gericht entscheidet – die Politik kann und sollte ihre Meinung noch ändern. Auf jeden Fall aber müssen wir nun gemeinsam eine Diskussion darüber führen, wie wir unsere Gesellschaft und Wirtschaft verändern wollen, um den Klimawandel zu bremsen und den Planeten lebenswert und gerechter zu gestalten. 

**MAGDALENA HEUWIESER**

ist Aktivistin bei der Klimabewegung  
»System Change, not Climate Change!«.





Reportagen – Dritter Preis, Einzelbilder

© Noel Celis, Agence France-Presse

**Titel: Leben im überfülltesten Gefängnis der Philippinen**

Häftlinge im Gefängnis von Quezon City, einer der überfülltesten Haftanstalten der Philippinen, 21. Juli 2016

Conditions are getting worse as police wage an unprecedented war on crime. There are 3,800 inmates at the jail, which was built six decades ago to house 800, and they engage in a relentless contest for space. Men take turns to sleep on the cracked cement floor of an open-air basketball court, the steps of staircases, underneath beds and hammocks made out of old blankets.



# Staatsziel marktkonforme Demokratie?

**Im Zuge der** Diskussionen und höchstgerichtlichen Erkenntnisse über den Ausbau des Flughafens Wien wurde von Seiten der österreichischen Bundesregierung die Frage der Bestimmung von Staatszielen aufgeworfen. Tobias Orischinig argumentiert, dass eine solche Debatte und Entscheidung gründlicherer politisch-strategischer Auseinandersetzung bedarf und diskutiert Probleme wie Ambivalenzen des aufgebrachten Gesetzesentwurfs.

**A**m 17. Mai 2017 brachte die Koalition – im Namen unter anderem der beiden niederösterreichischen Genossen Wittmann und Heinzl – einen Antrag an den Nationalrat für ein »Bundesverfassungsgesetz über Staatsziele« ein. Dieses Gesetz sollte die bisher geregelten Ziele Nachhaltigkeit, Tierschutz, umfassenden Umweltschutz, Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und Forschung um drei Staatsziele erweitern: »Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zu Wachstum, Beschäftigung und einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort.«

## ANLASSGESETZGEBUNG?

Hintergrund für diesen Antrag war ein Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts vom 2. Februar 2017, nach dem der Flughafen Wien keine dritte Piste bauen dürfe, da »das öffentliche Interesse am Schutz vor den negativen Folgen des Klimawandels, insbesondere durch die hohe CO<sub>2</sub>-Belastung, höher zu bewerten ist als die positiven öffentlichen (standortpolitischen und arbeitsmarktpolitischen) Interessen an der Verwirklichung des Vorhabens samt zusätzlichem Bedarf« (BvVG Geschäftszahl W109 2000179-1). Dieses Urteil wurde national und international als bahnbrechend anerkannt, da der Klimaschutz und die längerfristigen Auswirkungen einer fossilen Lebensweise auf konkrete Entscheidungen und Projekte des Hier und Jetzt heruntergebrochen wurden. Doch der Widerstand von Seiten der Wirtschaft kam prompt und auf allen Ebenen wurde gegen das Erkenntnis kampagnisiert. So erfolgreich sogar, dass die zerstrittene Koalition recht schnell einen gemeinsamen Nenner fand und das oben genannte Staatsziele-Bundesverfassungsgesetz – von seinen GegnerInnen auch »Lex Dritte Piste« bezeichnet – eingebracht hat. Es

handelt sich um eine indirekte politische Intervention, um das Scheitern der Umsetzung von Projekten aufgrund öffentlicher Klima- und Umweltschutzinteressen in Zukunft zu verhindern. In der Zwischenzeit hat der Verfassungsgerichtshof Ende Juni das Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichts auf Beschwerde des Flughafen Wiens und der niederösterreichischen Landesregierung aufgehoben. Das Thema neuer Staatsziele soll nach der Wahl breiter diskutiert werden, ließ die SPÖ verlautbaren. Die ÖVP protestierte lautstark dagegen. Das Verfassungsgesetz ist also derzeit vom Tisch.

Ziele in einer Verfassung zu haben, ist ja an sich nichts Schlechtes. Die Frage ist natürlich immer, welche gesellschaftlichen Gruppen von diesen Zielen profitieren und wie klar die Ziele definiert sind, um sie umsetzen zu können und ein gewisses Maß an Rechtssicherheit zu gewährleisten. Beides wollen wir in diesem Artikel betrachten. Doch zuerst einmal ein kurzer Blick über den Tellerrand der Alpenrepublik – wie gehen andere Regionen mit Zielen in der Verfassung um? Im EU-Vertrag sind unter anderem folgende Ziele enthalten:

- Stärkung und Konvergenz der Volkswirtschaften;
- Stärkung des Zusammenhalts und des Umweltschutzes;
- Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt der Völker unter Berücksichtigung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung;
- Die Union wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbe-

werbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin.

Die Ziele wirken insgesamt etwas ausgewogener als der österreichische Kurzzeitvorschlag. Nicht das reine Wachstum, sondern »ausgewogenes« Wachstum ist das Ziel, die Beschäftigung wird auf EU-Ebene zur Vollbeschäftigung. Eine Konvergenz der Volkswirtschaften deutet auch auf keinen internationalen Konkurrenzkampf zwischen den Staaten hin.

Die Bayerische Verfassung (Artikel 151) geht da noch etwas weiter und bündigt die Wirtschaft als Mittel zur Erfüllung von Zielen: »Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.«

Der österreichische Vorschlag läuft auf ein Auspielen der langfristigen Umweltinteressen gegen kurzfristige Profit- und Wirtschaftsinteressen hinaus. Dies wäre eine falsche Weichenstellung nach dem Pariser Abkommen, in dem das Zeitalter der fossilen Energiegewinnung mit einem Ablaufdatum versehen wurde. Wer à la Trump jetzt von der Klimawende abspringt oder sie weiter ignoriert, hat mittel- bis langfristig mit höheren Anpassungskosten zu rechnen, da die Kosten der Nichtanpassung sehr hoch sind (vgl. etwa das österreichische Projekt Cost of Inaction) und weiter steigen. Leider ist die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens noch recht zahnlos und es ist unklar, wie die Ziele in Österreich und auch auf EU-Ebene umgesetzt werden können. Auf eine integrierte Energie- und Klimastrategie konnte sich die Regierung nicht mehr einigen und es wurde kostbare Zeit vergeudet, eine klimafreundliche Politik umzusetzen, obwohl sie umgesetzt werden muss.

Woher kommen nun diese drei neuen Staatsziele und warum wurden sie vorgeschlagen? Orientierung haben sich die vier Niederösterreicher und Wiener, die den Antrag eingebracht haben, wohl beim sozialdemokratischen ehemaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors geholt, der schon 1993 drei Ziele in einem Weißbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften festhielt: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung. Und schon damals wurden Delors' Aussagen heftig kritisiert – so bezeichnete etwa Paul Krugman (1994) die »Hypothesen als falsch« und die Wettbewerbsorientierung als »gefährliche Obsession«. Im Weiteren wollen wir auf die drei Ziele im Speziellen eingehen.

## WETTBEWERBSFÄHIGER WIRTSCHAFTSSTANDORT

Was ist Wettbewerbsfähigkeit, kann man einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort überhaupt klar definieren? Hier gibt es keine allgemein gültige Definition. Alleine die EU-Kommission verwendet mehrere Definitionen, wie etwa die Fähigkeit, Produkte auf den Weltmärkten zu verkaufen (auch die OECD verwendet diese Definition) oder ein hoher Lebensstandard bei Wahrung einer ausgeglichenen Außenhandelsbilanz. Auch zeitlich hat sich die Definition geändert, so sprach man 2002 noch von Wettbewerbsfähigkeit als »Fähigkeit einer Volkswirtschaft, ihrer Bevölkerung einen hohen und steigenden Lebensstandard und hohe Beschäftigungsraten auf einem nachhaltigen Niveau zu bieten« (vgl. EK 2002). Die erste Definition ist wohl derzeit auch die meist verbreitetste, aber auch die verfänglichste: Der Widerspruch ergibt sich daraus, dass große Volkswirtschaften (wie etwa die USA oder die EU) nur einen relativ geringen Anteil ihrer Produkte exportieren, trotzdem aber global gesehen zu den reichsten Ländern gehören.

Nur ungefähr ein Drittel der Gesamtnachfrage in Österreich stammt von Exporten, davon allerdings kommen wiederum rund zwei Drittel aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten. Insgesamt betrachtet heißt das also, dass nur ca. 10% der Gesamtnachfrage aus Exporten in Drittstaaten stammt. Warum diese 10% der Gesamtnachfrage jetzt zum Hauptziel werden sollen, ist schleierhaft und ignoriert große Teile der erwerbstätigen Bevölkerung und österreichischen bzw. europäischen Wertschöpfung. Viel wichtiger wäre es daher, EU-weit die Binnennachfrage zu stärken. Und auch in Österreich alleine ist es durchaus möglich, die Nachfrage nach Produkten, Waren und Dienstleistungen, zu erhöhen – etwa durch Realloohnerhöhungen, keine Lohnzurückhaltung oder auch erhöhte öffentliche Nachfrage. Exportorientierung ist also nicht gleichzusetzen mit volkswirtschaftlichem Erfolg! Auch Kerns ‚Plan A‘ hat erkannt, dass z. B. der 1.500 EUR-Mindestlohn nicht die Wettbewerbsfähigkeit vernichten, sondern vor allem die nicht-exportorientierten Branchen positiv beeinflussen wird, die einen Großteil der österreichischen Produktion betreffen.

Die Fokussierung auf Leistungsbilanzüberschüsse (»Exportweltmeister Deutschland«) geht auch in die gleiche – falsche – Richtung: Ein Land, das mehr exportiert als es konsumiert, produziert mehr als es verbrauchen kann. Die produzierten Waren und Dienstleistungen können im Inland nicht konsumiert werden (weil unter anderem die Löh-

ne zu gering sind, jedenfalls die Nachfrage zu schwach ist) und werden daher exportiert. Durch Lohnzurückhaltung werden ArbeitnehmerInnen quasi gezwungen, auf ihren Konsum jetzt zu verzichten – »Exportweltmeister« leben also unter ihren Verhältnissen (das ist auch in Österreich der Fall)! Diesen Exporten stehen Schulden gegenüber, die das Ausland gegenüber dem Inland hat. Können diese Schulden zurückgezahlt werden, kann auch in Zukunft wieder mehr im Inland konsumiert werden (was also einem Geld- bzw. Konsumtransfer in die Zukunft entsprechen würde). Können die Schulden allerdings nicht getilgt werden, hat man Waren und Dienstleistungen ans Ausland verschenkt. Daher wäre es auch aus dieser Perspektive sinnvoller und sicherer, die Inlandsnachfrage zu stimulieren und das Importdefizit zu beheben. Darüber hinaus wird der Leistungsbilanzsaldo nicht nur von den Warenexporten determiniert – der Warenhandel macht nur etwa 60% der Leistungsbilanz der Eurozone aus – sondern umfasst auch Dienstleistungen und Einkommenstransfers. Wiederum ist eine Fokussierung auf einen internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte und dessen Messbarkeit durch Exporte verfehlt und führt zu falschen wirtschaftspolitischen Schlüssen.

Die treibenden Kräfte hinter einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind meist die gleichen, bei denen gerne Sozial- und Umweltstandards unter die Räder kommen, da sie höhere Produktionskosten bedeuten und der Profitmaximierung entgegenstehen. Die Argumentation einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit lässt einen scheinbaren Druck auf Löhne und Sozialleistungen entstehen. Um Ausgaben zu kürzen, sollen öffentliche Dienstleistungen privatisiert sowie Steuern für Vermögende und Konzerne gesenkt werden. Hinter dem Deckmantel eines Staatszieles in spe versteckt sich also eine klare Interessenspolitik von Seiten der Wirtschaft. In ihrem Sinne ist auch die Fixierung auf die Lohnkosten, Lohnnebenkosten und Lohnstückkosten. Dass Lohnnebenkosten aber den Lohnabhängigen zugutekommen, da sie der Sozialabsicherung dienen, bleibt oft ungesagt. Die Lohnstückkosten haben auch relativ wenig Einfluss auf den Exporterfolg, da sie nur ein Teil einer Standortentscheidung und nur ein Teil der Produktionskosten sind. Und Exporte an sich – wie oben gezeigt – sind nur ein gewisser Teil der Leistungsbilanz. Wiederum kein gutes Argument aus Sicht der ArbeitnehmerInnen!

Auch wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass es durch eine staatliche Wettbewerbsorientierung und damit einhergehende Lohnzurückhaltung zu einer Schwächung von Wachstum und Beschäftigung kommt (vgl. z. B. Onaran/

Stockhammer 2012). Die Strategie der Lohnzurückhaltung hat vor allem in den exportorientierten Volkswirtschaften Europas auch dazu beigetragen, dass es zu großen Divergenzen in der Eurozone gekommen ist (Aufbau von Leistungsbilanzüberschüssen), welche schließlich die sich seit 2008 ausbreitende Wirtschaftskrise beflügelt haben. Auch die Arbeiterkammer hat in einer umfassenden Studie festgestellt, dass »Wettbewerbsorientierung für die Eurozone insgesamt eine falsche Prioritätensetzung darstellt« (vgl. Feigl/Zuckerstätter 2012, S. 35). Weiters wird Arbeitslosigkeit durch Wettbewerb und Konkurrenz innerhalb Europas nur verschärft und wir importieren in Österreich die Arbeitslosigkeit aus anderen EU-Ländern.

Warum ist nun aber die internationale Wettbewerbsfähigkeit trotzdem ein Thema, obwohl nur einige davon profitieren und eigentlich nicht ganz klar ist, was sie bedeutet? Ein gewichtiger Grund dafür ist einerseits das Lobbying. Globale Konzerne sind meist gut organisiert und haben auch die finanziellen Ressourcen, die homogenen Interessen einer kleinen Gruppe von Unternehmen zu vertreten. Aber ein weiterer Grund ist auch, dass das Argument der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Staaten auf den ersten Blick so einleuchtend klingt und es immer einfacher ist, von komplexen abstrakten Zielen zu reden (»internationaler Standortwettbewerb«) als die konkreten Probleme vor Ort (z. B. niedriges Lohnwachstum, Arbeitslosigkeit, Umverteilung, klimafeindliche Projekte) anzusprechen und sich auf eine Seite stellen zu müssen, die Seite der ArbeitnehmerInnen.

## WACHSTUM

Auch hier stellt sich wieder die Frage, was ist Wachstum überhaupt? Im Grunde genommen geht es um eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also der in Österreich produzierten Waren und Dienstleistungen. Wachstum an sich sollte aber kein Ziel sein, sondern höchstens ein Mittel, um andere Ziele zu erreichen: Was soll mit den zusätzlichen Gütern passieren? Wie wird das zusätzliche Einkommen verteilt? Das BIP als Indikator über die Menge der produzierten Güter und Dienstleistungen bzw. sein Wachstum als Ziel zu sehen ist ein recht überholtes Konzept. Andere Indikatoren sollten viel mehr ins Licht gerückt werden, wie etwa die Indikatoren der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), denen sich auch Österreich verpflichtet hat. Das Projekt »Wie geht's Österreich?« der Statistik Austria liefert zum Beispiel eine erste interessante Datengrundlage – weitere werden gerade auch auf EU-Ebene erarbeitet.

Doch bleiben wir vorerst noch beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Wer vom Wachstum stärker profitiert, sollte eine wichtige Frage für uns sein. Wenn die Lohnquote – also der Teil der Lohneinkommen am BIP – seit Jahren sinkt, dann ist diese Frage recht leicht zu beantworten: Diejenigen, die das Kapital besitzen und daraus Gewinne erzielen. Man kann sich also denken, aus welchem politischen Eck die Rufe nach einem kapitalistischen Wachstumszwang in der Verfassung kommen – nicht umsonst hat sich die FPÖ auch gleich als Steigbügelhalter der Verfassungsmehrheitsbeschaffung angeboten.

Kann der Staat, dem ja das Wachstums-Staatsziel vorgegeben werden soll, das BIP eigentlich überhaupt direkt beeinflussen? Ja, der Staat ist ein wichtiger Teil der Volkswirtschaft, aber natürlich sind die anderen Sektoren in einer kapitalistischen Marktwirtschaft auch relevant – Private und Unternehmen. Könnte ein Staat ein Wachstumsziel einfach vorgeben, dann würde es wohl keine Krisen geben. Doch dies ist nicht der Fall – er kann das BIP und sein Wachstum beeinflussen, für Rahmenbedingungen sorgen oder Krisen abfedern, aber alleinige Macht über seine Entwicklung hat er nicht. Eine Wachstumsorientierung ist daher zwar notwendig aber nicht ausreichend für eine bessere Wirtschaftspolitik, die öffentliche Investitionen anschiebt, die notwendige ökologische und klimafreundliche Transformation der Ökonomie vorantreibt und eine koordinierte expansivere Lohnpolitik umsetzt. Schließlich ist es wichtig, dass eine wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik mehr ist als nur Produktionswachstum ohne Nachfrage, sondern dass andere Ziele wie Vollbeschäftigung und gute Arbeit, eine intakte Umwelt, eine stabile Staatstätigkeit, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Preisstabilität, stabile Finanzmärkte, Lebensqualität und fair verteilter materieller Wohlstand in die Mitte gesetzt und zeitgleich umgesetzt werden (vgl. dazu etwa WuG 2017).

## BESCHÄFTIGUNG

Schließlich noch das Ziel der Beschäftigung. Es ist auch hier recht unklar, welche Art der Beschäftigung gemeint ist. Reden wir von Vollbeschäftigung wie etwa im EU-Vertrag? Reden wir von einem Anspruch auf Vollzeitarbeit oder Arbeitszeitsouveränität? Gibt es eine verpflichtende sozial- und arbeitsrechtliche Absicherung aller Beschäftigungsverhältnisse? Soll es ein existenzsicherndes Mindesteinkommen geben? All dies müsste zuerst in einer breiten Debatte geklärt werden, ein Wort allein in der Verfassung ist hier zu wenig. Auch die halbseitige Begründung des Antrags ist unzureichend.

Generell ist anzumerken, dass der wachsende Konkurrenzdruck in der Arbeitswelt zu immer mehr Krankenständen führt und dass wir europaweit ein massives Problem mit hoher Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit haben. Wie wir schon bei den anderen beiden Staatszielen gesehen haben, ist es recht einfach, ein Schlagwort zu nennen (wer ist schon gegen Beschäftigung?), ohne daraus konkrete (wirtschaftspolitische) Handlungen ableiten zu können. Diese wären aber für eine Politik, die an Umsetzung interessiert ist, vonnöten. Vollbeschäftigung bei hoher Arbeitsplatzqualität muss das erstrebenswerte Ziel sein.

Am Weg zu einer marktkonformen Demokratie dank SPÖ?

Besorgniserregend ist schließlich auch noch, wie locker und einfach über die Staatsziele der Republik Österreich von der Koalition diskutiert wurde. Staatsziele sollte man nicht so einfach ändern können, viel wichtiger wäre eine breitere und längere Debatte bei so einem gravierenden Einschnitt. Ein ad-hoc Vorgehen in schneller Art und Weise deutet auf ein autoritäres Staatsverständnis hin, der neoliberale Staatsumbau wäre auf eine neue Stufe – in Verfassungsrang – gehoben worden. Zusätzlich dazu wäre durch einen Beschluss dieser Anlagengesetzgebung auch die unabhängige richterliche Interessensabwägung in Frage gestellt und per Verfassungsgesetz ausgehebelt worden – und das nur nach dem bisher ersten und einzigen Fall, in dem der Umwelt- bzw. Klimaschutz wirklich in einem Verfahren als Argument herangezogen worden ist.

Ein Staatsziel »Wirtschaftswachstum« hätte die Leitvorstellung einer marktkonformen Demokratie verankert. Viel wichtiger wäre in der politischen Diskussion als linke Partei heute klar gegen autoritäre und marktverherrlichende Tendenzen vorzugehen und den Markt demokratiekonform zu machen. Ein zu wirtschaftsfreundliches Staatsziel würde die demokratischen und sozialen politischen Spielräume nur noch mehr verengen. In Zeiten, in denen der Neoliberalismus immer mehr und öfter an seine natürlichen Grenzen stößt, wird im österreichischen Parlament noch immer versucht, ihn in die Verfassung einzumeißeln. Wichtig wäre aber, sich konkret Gedanken zu machen, wie Wachstum in Zukunft überhaupt aussehen kann und soll. Die Grenzen des Wachstums wurden schon Anfang der 1970er Jahre aufgezeigt und seither oftmals wiederholt, es gibt breite Ansätze zu Degrowth und alternativen Wachstumskonzepten, denen sich die SPÖ nicht verschließen sollte. Das gute Leben für alle sollte nicht weiter blockiert, sondern diskutiert und umgesetzt werden. Wohlstand und Beschäftigung müssen mit nachhaltigem Kli-



maschutz verbunden und das Wachstumsmantra überwunden werden. Intelligentes Wachstum eingebettet in und durch eine wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik muss in Zukunft das langfristige Ziel sein! Durch drei Worte in der Bundesverfassung alleine kann dies nicht umgesetzt werden. 🍷

#### TOBIAS ORISCHNIG

ist Ökonom und Vorstandsmitglied des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM).

---

#### LITERATUR

**Bundesverwaltungsgericht der Republik Österreich (BvwG)** (2017): Aktuelle Meldungen. Dritte Piste des Flughafens Wien-Schwechat darf nicht gebaut werden; online unter [https://www.bvwg.gv.at/presse/dritte\\_piste\\_des\\_flughafens\\_wien.html](https://www.bvwg.gv.at/presse/dritte_piste_des_flughafens_wien.html). | **Degrowth-Webportal** (2017): [www.degrowth.de](http://www.degrowth.de). | **Feigl, Georg / Zuckerstätter, Sepp** (2012): Wettbewerbs(des)orientierung. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 117, September 2012. | **Kommission der Europäischen Gemeinschaften** (1993): Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung – Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Weißbuch, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 6/93. | **Kommission der Europäischen Gemeinschaften** (2002): Industrial Policy in an Enlarged Europe, COM(2002) 714. | **Krugman, Paul** (1994): Competitiveness: A dangerous obsession. Foreign Affairs, March/April 1994. | **Onaran, Özlem / Stockhammer, Engelbert** (2012): Rethinking wage policy in the face of the Euro crisis. Implications of the wage-led demand regime. International Review of Applied Economics, 2012, Bd. 26, 2, S. 191-203. | **Pichler, Melanie** (2017): Warum es falsch ist, den Standort in die Verfassung zu schreiben; online unter <http://mosaik-blog.at/verfassung-standort-wachstum-wettbewerbsfaehigkeit-neoliberal-klima-umwelt>. | **Projekt COIN** (2015): Cost of Inaction. Assessing the costs of climate change for Austria; online unter <http://coin.ccca.at>. | **Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)** 2017: Wohlstandsorientierte Wirtschaftspolitik (messbar) machen – Das BIP als Orientierungshilfe für wohlstandsorientierte Politik? Editorial. Wirtschaft und Gesellschaft, 43. Jahrgang (2017), Heft 1.



Alltagsleben – Zweiter Preis, Einzelbilder

© Wang Tiejun

### Der Schweiß macht die Sieger

Vier Schülerinnen einer Turnschule in Xuzhou, China, trainieren am Nachmittag dreißig Minuten das Anspannen der Zehen, 15. Juli 2016

There are over 2,000 sports schools in China, which have produced 95 percent of the country's Olympians. Training is intense, and in today's China fewer parents are willing to let their children endure such grueling routines. Some schools have closed, while others are adjusting the way they work.

# Sozial-ökologische Transformation

**Bekanntermaßen erfordern Klimawandel** und ökologische Krisen möglichst rasche Eingriffe, um negativen Langzeitfolgen noch einigermaßen entgegenwirken zu können. Während der Veränderungsbedarf selbst unumstritten ist, sind die Art und Weise und die Stoßrichtung der Veränderung umkämpft. Die ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs) hat kürzlich ein Dossier erarbeitet, das den Begriff der sozial-ökologischen Transformation stärker als Bezugspunkt und Lösungsansatz bewerben möchte. Die Herausgeberin Christina Plank stellt einige Thesen des Dokuments vor.

**D**er weltweit steigende Ressourcenverbrauch trägt zur Intensivierung sozial-ökologischer Konflikte bei und vertieft soziale Ungleichheiten. Eine Transformation wird daher von verschiedenen gesellschaftlichen AkteurInnen eingefordert. Wo verlaufen jedoch die Grenzen ihrer Gestaltbarkeit? Und wie und von wem kann eine sozial-ökologische Transformation vorangetrieben werden?

Ein sich verschärfender Klimawandel, steigende – auch zwischen den Geschlechtern – soziale Ungleichheit und zunehmende Verteilungskonflikte im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sind Ausdruck der gegenwärtigen Vielfachkrise. Dass eine Transformation notwendig ist, wird daher zunehmend von Seiten der Politik wie auch der Wissenschaft proklamiert. Dabei steht in Anbetracht der weltweit herrschenden sozial-ökologischen Schiefelage ein bewusst normativ gewählter Zugang im Zentrum. Ziel ist es, eine radikale, tiefgreifende Transformation aktiv zu gestalten, ohne dabei in lähmende Katastrophenszenarien zu verfallen. Die Vorstellungen, wie eine solche Transformation vonstattengehen soll, welche AkteurInnen maßgeblich den Gestaltungsprozess vorantreiben können und worin die Barrieren von Transformation bestehen, verlaufen jedoch äußerst unterschiedlich.

Im deutschsprachigen Raum ist der Begriff der Transformation durch den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in Deutschland bekannt geworden. Dieser spricht in Anlehnung an Karl Polanyi, der in seinem Buch »The Great Transformation« die Industrialisierung Englands im 19. und 20. Jahrhundert und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen ana-

lysierte, von einer »großen Transformation«. Diese soll eingeleitet werden, um einen sozial-ökologischen Wandel mittels Gesellschaftsverträgen voranzutreiben.

## DIE NOTWENDIGKEIT EINER KRISENANALYSE

Um jedoch eine sozial-ökologische Transformation gestalten zu können, ist es von Bedeutung, die kapitalistischen Krisendynamiken und die damit verbundenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verstehen. Denn ohne deren Analyse bleibt es bei einem Festhalten am kapitalistischen Wachstum und der damit einhergehenden Logik der Profitmaximierung. Dieses führt, dem Credo der Wettbewerbsfähigkeit folgend, zu einem »Weiter wie bisher« bzw. zu einer Verschärfung der aktuellen Vielfachkrise. Dazu gehört auch die Analyse der institutionellen Strukturen.

Die Bedingung einer Krisenanalyse besteht nicht zuletzt in der Dringlichkeit, den Verbrauch natürlicher Ressourcen einzuschränken. KlimaforscherInnen wie Will Steffen und KollegInnen zeigen mit dem Begriff der »great acceleration«, der »großen Beschleunigung«, dass seit den 1950ern der Ressourcenverbrauch steil nach oben stieg. Dieser materiell-stoffliche Verbrauch hat Klima- und Umweltprobleme zuge-spitzt und Fragen von Verteilungsgerechtigkeit intensiviert. Er geht einher mit Verbreitung des westlichen Wohlstandsmodells, das in immer größerem Ausmaß als attraktive Lebensweise durch die besitzende Klasse der Schwellenländer übernommen wird. Die damit verbundene Externalisierung der Kosten auf Mensch und Natur anderorts wird von den Politikwissenschaftlern Ulrich Brand und Markus Wissen als »im-periale Lebensweise« bezeichnet.

Die bereits spürbaren Auswirkungen des Klimawandels zeigen, dass ein Umstieg von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien notwendig ist. Aktuelle dominante Lösungsvorschläge folgen jedoch einem technologisch modernisierungstheoretischen Paradigma und stellen eine »Green Economy« in den Vordergrund. Diese schließt an die Debatte um nachhaltige Entwicklung an und propagiert ebenso eine Win-win-Situation, in der die soziale, ökologische und ökonomische Dimension als scheinbar gleichermaßen umsetzbar verfolgt werden. Ökologische Modernisierung zielt jedoch darauf ab, Umweltprobleme vorwiegend mittels neuer Technologien zu lösen. Dies ist mit einer Ausrichtung auf »grünes« ökonomisches Wachstum verbunden, wodurch sich die ökologische Krise wiederum verschärft. Denn vermeintlich grüne Lösungen bspw. in Mobilitätsfragen, wie der Umstieg auf Agrartreibstoffe oder Elektromobilität, verstärken die Externalisierung der Kosten und äußern sich in Land Grabbing, Konflikten im Bergbau beim Abbau seltener Erden und sogenannter Konfliktmineralien. Wie kann jedoch ein Systemwechsel weg vom fossilen Kapitalismus gelingen?

Utopien sind ein zentrales Element für eine sozial-ökologische Transformation. Wie der Wirtschaftswissenschaftler Andreas Novy in seinen »fünf Thesen, wie wir zum guten Leben für alle kommen« schreibt, wurden Errungenschaften wie die Menschenrechte, Frauenrechte oder die Abschaffung der Sklaverei zunächst als utopisch eingestuft. Utopien sind jedoch notwendig, um Leitgedanken artikulieren und verfolgen zu können. Ihnen ist eine wichtige Orientierungsfunktion inne, die die Stoßrichtung sozialer Kämpfe verdeutlicht.

### ALLTAGSERFAHRUNGEN UND KONFLIKTE

Soziale Bewegungen für Umwelt- und Klimagerechtigkeit oder Ernährungssouveränität setzen sich für eine demokratische Veränderung der herrschenden Verhältnisse ein. Sie treten, ebenso wie die Postwachstums- oder Degrowthbewegung, für sozial-ökologische Gerechtigkeit sowie solidarische und nachhaltige Produktions- und Lebensweisen ein. Dabei geht es darum, wie das »gute Leben für alle« besagt, so zu leben, dass dieses für alle weltweit verallgemeinerbar ist. Vielfältige Praktiken der Bewegungen, wie z. B. der solidarischen Landwirtschaft zeigen, dass anhand diverser Alltagserfahrungen, und den damit einhergehenden Konflikten, Möglichkeiten zur Veränderung geschaffen werden. Wenngleich diese Praktiken momentan nischenhaft sind, gelten sie als wichtige Suchprozesse, die als Lern- und Experimentierfelder eine sozial-ökologische Transformation vorantreiben.

### INSTITUTIONELLE DURCHSETZUNG UND ABSICHERUNG

Um nicht in der Nische zu verharren, ist es unabdingbar, zu fragen, wie diese nachhaltigen Lebens- und Produktionsweisen durch die Bereitstellung von Infrastrukturen unterstützt, verallgemeinert und institutionell abgesichert werden können. Andreas Novy sieht das Rote Wien der 1920er als wichtiges Beispiel dafür wie »ein gutes Leben für alle« durch Gesetze, Institutionen und Infrastrukturen wie den Gemeindebauten längerfristig unterstützt werden kann. Ebenso wichtig ist es, zu thematisieren, in welcher Form ein demokratischer Systemwechsel denkbar wäre. Zentrale Auseinandersetzungen laufen hierbei über das Verständnis und die Ausgestaltung von Arbeit. Ein ganzheitliches Wirtschaftsverständnis, das die Anerkennung von Sorgearbeit inkludiert und nicht zu Lasten anderer und der Natur geht, ist dafür nötig.

### DIE SEZONIERI-KAMPAGNE

Ein konkretes Beispiel für Arbeitskämpfe, die zur Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation beitragen sollen, ist die seit über drei Jahren laufende Sezoniari-Kampagne zur Verteidigung der Rechte von LandarbeiterInnen. Anlass für die Kampagne waren Proteste südosteuropäischer LandarbeiterInnen im Sommer und Herbst 2013 im Südburgenland und Tirol. Die Kampagne greift Missstände in der Erntearbeit auf, die von diesen problematisiert wurden und von Verstößen gegen Höchstarbeitszeiten bis hin zu nicht-adäquater Unterbringung der ArbeiterInnen reichen. Sie setzt sich dafür ein, über die Rechte der LandarbeiterInnen zu informieren sowie bei deren Durchsetzung Unterstützung zu leisten. Die AktivistInnen der Kampagne bringen ihre Erfahrungen aus unterschiedlichen Zusammenhängen antirassistischer Arbeit wie auch arbeits- und agrarpolitischer Kämpfe ein, mit dem Ziel, diese Kontexte zusammenzuführen, um gemeinsam für gerechtere sozial-ökologische Verhältnisse zu kämpfen. Denn die herrschende Agrarpolitik fördert landwirtschaftliche Großbetriebe mittels Flächenförderung und Billigproduktion von Nahrungsmitteln, welche wiederum verstärkt Druck auf die Arbeitskräfte ausübt. Konkret sind GewerkschafterInnen, NGO-MitarbeiterInnen und AktivistInnen über Informations- und Medienarbeit sowie Rechtsberatung und -begleitung aktiv und ermöglichen dadurch beispielweise Verbesserungen im Bereich von Mindestlöhnen oder Höchstarbeitszeiten der LandarbeiterInnen.

Weitere Beispiele für Initiativen, Räume und Diskussionszusammenhänge, die die sozial-ökologische Transformati-



on vorantreiben, wie auch deren konkrete Gestaltung kritisch beleuchten sind im Dossier »Sozial-ökologische Transformation« der ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs) nachzulesen. Dieses ist erhältlich unter <http://www.besserewelt.at>



**CHRISTINA PLANK**

hat als Schasching Fellow 2016/17 das ksoe Dossier zu sozial-ökologischer Transformation herausgegeben. Sie ist Post-Doc am Institut für Soziale Ökologie der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Der vorliegende Artikel ist eine aktualisierte Version des Beitrags »Sozial-ökologische Transformation«, der im ksoe Dossier 01/2017 abgedruckt wurde.

**LITERATUR**

**Brand, U.**, 2016. »Transformation« as a New Critical Orthodoxy. The Strategic Use of the Term »Transformation« Does Not Prevent Multiple Crises. GAIA 25 (1), 23-27. | **Görg, C.**, 2016. Zwischen Tagesgeschäft und Erdgeschichte. Die unterschiedlichen Zeitskalen in der Debatte um das Antropozän. GAIA 25 (1), 9-13. | **Novy, A.**, 2017. Fünf Thesen, wie wir zum Guten Leben für alle kommen; in: ZUKUNFT 4/2017.



Langzeitprojekte – Erster Preis

© **Valery Melnikov, Rossiya Segodnya**

### **Schwarze Tage in der Ukraine**

Nach einem Luftangriff in Luhansk, Ukraine, fliehen Zivilisten aus einem zerstörten Haus, in dem Feuer ausgebrochen ist, 2. Juli 2014

Ordinary people became victims of the conflict between self-proclaimed republics and the official Ukrainian authorities from 2014 onwards in the region of Donbass. Disaster came into their lives unexpectedly. These people were involved in the military confrontation against their will. They experienced the most terrible things: the death of their friends and relatives, destroyed homes and the ruined lives of thousands of people.

# Imperiale Lebensweise

**Unter dem Begriff** der »imperialen Lebensweise« diskutieren die beiden Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen bereits seit einigen Jahren die politische Dimension der ökologischen Krise und zeigen ihre Vermitteltheit mit dem globalen Kapitalismus auf. Nun haben sie ihre Zeitdiagnose in Form eines kompakten Bandes veröffentlicht. Armin Puller bespricht das nachdenklich stimmende Buch.

**W**ochenendflüge in Shoppingmetropolen, Fahrten mit dem SUV in klimatisierte Bürotürme (oder auch zum Biobauern), ein neues Smartphone jedes oder jedes zweite Jahr, ganzjährig Erdbeeren im Kühlregal – Dies sind einige Beispiele für das gesellschaftliche Leitbild, das Ulrich Brand und Markus Wissen als »imperiale Lebensweise« bezeichnen. Die geringe Nachhaltigkeit und die Probleme dieser Lebensweise sind unschwer erkennbar, stellen sie doch die Bedingungen für die ökologischen Probleme unserer Zeit und die Unterminierung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit auf dem Planeten Erde dar. Auch wenn Politiker des Typus von Donald Trump in unbelehrbarer Weise und aus Gründen der politischen Mobilisierung die Endlichkeit von Ressourcen oder die Ursachen des Klimawandels leugnen, sind die Fakten über Klimawandel, Ressourcenverbrauch sowie der Probleme unserer Ökosysteme im Allgemeinen nicht unbekannt. Warum allerdings werden sie doch so vehement ausgeblendet oder spielen als Entscheidungsgrundlage in vielen Zusammenhängen so eine geringe Rolle?

Das neue Buch von Brand und Wissen liefert hierfür eine Erklärung, die den gesellschaftlichen Zusammenhang von sozialer Reproduktion, Ökologie, Ökonomie und Geopolitik auf den Begriff bringen möchte, nämlich jenen der imperialen Lebensweise. Sein Einsatzpunkt besteht darin, die ökologischen und die sozialen Voraussetzungen unseres gegenwärtigen Wirtschaftsmodells der »Ausbeutung von Mensch und Natur« zu thematisieren. Als zentraler Mechanismus dieser Konstellation lässt sich die Externalisierung der ausbeuterischen Grundlagen (Bedarf an billiger Arbeitskraft und billigen Rohstoffen) sowie der negativen Effekte (Zerstörung

lokaler Wirtschaftskreisläufe, Verarmung und soziale Polarisierung, Klimawandel und Vernichtung von Ökosystemen etc.) dieser Lebensweise auf den globalen Süden benennen. Sie ist zugleich die Ursache der Verschärfung der ökologischen Krise wie auch die Ursache für ihre eigene Stabilisierung, insofern sie in jenen Orten, wo ihre Früchte erkennbar sind (wie billige Konsumprodukte oder ein höherer Lebensstandard), gesellschaftliche Hegemonie und damit ein für einen Großteil der Gesellschaft verbindliches Leitbild zu entfalten vermag. In Zeiten, wo sich diese Lebensweise immer weiter verallgemeinert (etwa unter den Mittel- und Oberschichten der BRICS-Staaten), wird es jedoch schwieriger, diese Konstellation aufrechtzuerhalten: »Die imperiale Lebensweise beruht auf Exklusivität, sie kann sich nur so lange erhalten, wie sie über ein Außen verfügt, auf das sie ihre Kosten verlagern kann. Dieses Außen schwindet jedoch, denn immer mehr Ökonomien greifen darauf zu, und immer weniger Menschen sind bereit oder in der Lage, die Kosten von Externalisierungsprozessen zu tragen. Die imperiale Lebensweise wird dadurch zum Opfer ihrer eigenen Attraktivität und Verallgemeinerung.« (Brand/Wissen 2017: 15).

Mit Sicherheit können gegen den Begriff selbst zahlreiche Einwände vorgebracht werden: Kann man die komplexen, vielschichtig sich überlagernden internationalen Asymmetrien tatsächlich mit dem Begriff des Imperialismus bezeichnen? Ist der Gegensatz von globalem Norden und globalem Süden für das Problem ein brauchbarer Referenzrahmen? Kann man angesichts der steigenden sozialen Ungleichheit und der immer sichtbarer werdenden Wiederkehr der Klassenunterschiede selbst in den westlichen Zentren wirklich von einer »Lebensweise« sprechen und müsste man nicht viel stärker

zwischen sozialen Gruppen unterscheiden? Einwände dieser Art nimmt das Buch selbst sehr ernst und bringt sie selbst auf: Die imperiale Lebensweise wird nicht von allen Menschen auf die gleiche Weise gelebt, sondern weist geopolitische, klassenförmige, geschlechterspezifische, kulturelle oder auch rassistische Besonderheiten auf. Sie ist jedoch ein Bezugspunkt dafür, was unter einem »guten Leben« verstanden wird, was als erstrebenswert und attraktiv gilt und woran man sich orientiert.

Mit der »Lebensweise« wollen Brand und Wissen nicht auf Fragen des individuellen Lebensstils verweisen – Lebensstile sind ja zudem nicht nur von individuellen Entscheidungen abhängig –, sondern auf etwas Größeres, nämlich strukturelle Zusammenhänge der Produktion, der Verteilung und des Konsums. Die imperiale Lebensweise beruht auf einer ausbeuterischen Aneignung von natürlichen Ressourcen und von Arbeitskraft in den globalen Zentren, die auf Dauer nicht reproduziert werden kann.

### IMPERIALE AUTOMOBILITÄT

Eines der eindrucksvollsten Kapitel des Buches widmet sich der politischen Ökonomie bzw. politischen Ökologie der Automobilität. Insofern das Auto als zentrales Produkt westlicher Wirtschaften seit der Nachkriegszeit bezeichnet werden kann, um dessen Infrastruktur, Produktion, Wartung, Vertrieb, Bewerbung und Verwendung sich zahlreiche Wirtschaftssektoren gruppieren, behandelt es einen Eckpfeiler des gegenwärtigen Kapitalismus. Auf eindrucksvolle Weise untersuchen die Autoren die mit dem Verbrennungsmotor verbundenen Voraussetzungen der Automobilität in einer Weise, die neben dem Ressourcenbedarf auch soziale Bedingungen betrachtet. Diese sind unter anderem auch klassenförmiger und geschlechtsspezifischer Art: Automarken knüpfen an Klassenpositionen (Einkommen, Status, Habitus etc.) ebenso wie an bestimmte Formen von Geschlechterstereotypen an (etwa aktiv, aggressive, technologiebezogene Männlichkeit). Sie sind auch ein Knotenpunkt in den geopolitischen und in den Klassenverhältnissen zahlreicher Industrien: So hat die Öl- und Gasextraktion schmutzige Seiten nicht nur in ökologischer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich der Überausbeutung armer und indigener sozialer Gruppen oder der Aufrechterhaltung und Förderung autoritärer Regime.

Automobilität ist auch deshalb nicht einfach nur eine neutrale Technologie, weil sie mit historischen Kämpfen verbunden ist – so etwa mit der Marginalisierung nichtautomobi-

ler Transportsysteme in den USA durch staatliche Maßnahmen ab den 1930ern oder mit bestimmten Krisenlösungsstrategien wie der Abwrackprämie in Deutschland nach 2008. Das Automobil darf also nicht nur als technologischer Gegenstand betrachtet werden, sondern muss auch in seiner gesellschaftlichen Bedeutung untersucht werden. Massenmobilität über das Auto war ein wesentlicher Aspekt der Durchsetzung eines Konsens über das Wirtschaftssystem der Nachkriegszeit: »Über sie [die autoförmige Massenmobilität] sickern die kapitalistischen Prinzipien der Konkurrenz und Nutzenmaximierung in die Poren des Alltags ein. Die automobilen ‚Befreiung‘ der Individuen wird zum Medium ihrer kapitalistischen Subjektivierung« (Brand/Wissen 2017: 136).

Der Automobilsektor ist, wie die Autoren mit zahlreichen erhellenden Statistiken untermauern, global im Wachsen und zwar auf zweifache Weise: einerseits durch eine Zunahme des *mtv* im globalen Süden, andererseits durch eine massive Ausweitung des Geländewagensektors (*suv*s), der durch seinen höheren Verbrauch an Ressourcen in Produktion und Betrieb alle technologischen Sprünge der Ökologisierung mehr als relativiert – man spricht hier vom sogenannten Rebound-Effekt: Wenn das Gewicht des Autos stärker ansteigt als die Ressourceneffizienz des Motors zunimmt, verbraucht am Ende der Motor trotzdem mehr, nämlich beim *suv* um meist mehr als 25%. Der Geländewagenboom steht für eine neoliberale Subjektivität der Rücksichtslosigkeit, der egoistischen Anpassung an den Klimawandel, der Auslagerung von Nachteilen größerer Autos mit mehr Sicherheit für die Insassen an die Allgemeinheit, etwa durch ein höheres Risiko und weniger Platz für andere Verkehrsteilnehmende.

Mit dem auf Fossilismus beruhenden motorisierten Individualverkehr scheint es allerdings, so könnte man bei oberflächlicher Betrachtung entgegen, in den nächsten Jahrzehnten mehr oder weniger sowieso zu Ende zu gehen. Immer mehr Länder setzen Ultimativen für den zwingenden Umstieg auf Elektroautos, die auf einen Zeitraum innerhalb der nächsten beiden Jahrzehnte gesetzt sind. Eine Vorreiterrolle nimmt hier vor allem China ein, wo Elektromobilität längst keine Nische mehr darstellt, und die technologisch veralteten Modelle der europäischen bzw. vor allem deutschen Autoindustrie unter zunehmenden Druck geraten und bereits an Marktanteilen verlieren. Löst sich das Problem der »automobilimperialen Lebensweise« (Brand/Wissen 2017: 140) damit nicht von selbst? Keineswegs, argumentieren Brand und Wissen, denn die ökologischen Vorteile von Elektromobilität sind rein auf den Be-



trieb der neuen Fahrzeugflotten beschränkt. Wenn man die Produktion mit ihrem Energie- und Ressourcenbedarf einbezieht, wird der geringe Unterschied zwischen Ökoeffektivität und Fossilismus deutlich. Die Strategie der »Ökologisierung der Automobilität« ist nichts anderes als der »Versuch, die imperiale Lebensweise durch die selektive ökologische Modernisierung eines ihres zentralen Bereiche auf Dauer zu stellen« (ebd.: 145).

### KRITIK DER ÖKOLOGISCHEN MODERNISIERUNG

Zur Bekämpfung des Klimawandels sowie der Erschöpfungserscheinungen des postfordistischen, neoliberalen Kapitalismus sind in den letzten Jahren einige Strategien vorgebracht und auch von relevanten internationalen Organisationen beworben worden, nämlich jene des grünen Kapitalismus bzw. des »Green New Deal«. Sie beruhen auf der Vorstellung, dass ökologische Modernisierung, d. h. die ökoeffiziente Verbesserung bestehender Technologien in den Bereichen der Energie, der Mobilität oder der Haushaltselektronik, zu einem verbesserten Umgang mit natürlichen Ressourcen und zugleich zu neuer wirtschaftlicher Dynamik führen können. Solche Strategien sind vor allem in den wirtschaftlich auf Export und Hochtechnologie ausgerichteten Ländern der EU besonders attraktiv und könnten etwa in Österreich durchaus auf ausreichende Unterstützung durch Unternehmen, Sozialpartnerschaft, Parteien und KonsumentInnen treffen.

Brand und Wissen stehen diesen Strategien jedoch skeptisch gegenüber. Im Bestfall können Sie in einigen Ländern Beschäftigungseffekte erzeugen, sparen jedoch die ökologische Schlagseite dieser Strategie aus. Hat schon das Beispiel der Automobilität gezeigt, dass höhere Ressourceneffizienz nicht zu einem geringen Ressourcenverbrauch führt, kommt noch hinzu, dass die ökologische Modernisierung zumeist einfach auf anderen Formen der Inwertsetzung von Natur beruht: Die Abkehr von fossilen Energieträgern wird durch andere Rohstoffe (Metalle wie Kupfer und seltene Erden, Agrarprodukte als Treibstoff etc.) wettgemacht und diese erfordern massive Landnahme mit hohen ökologischen und sozialen Kosten. Die Extraktion vieler Rohstoffe kann erst wieder nur durch billige Arbeitskraft im globalen Süden und Flächenrodungen gigantischen Ausmaßes gewährleistet werden. Statt die »imperiale Naturaneignung« grundlegend zu transformieren, wird der Markt ermutigt, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln. Die Überausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften wird schlicht auf eine neue Stufe gehoben und durch

1. Axel Honneth versteht unter der solidarischen Lebensweise eine Ausweitung der Idee der sozialen Freiheit in den Bereichen des ökonomischen Handelns, der politischen Willensbildung und den persönlichen Beziehungen und zielt darauf ab, die Idee des Sozialismus zu aktualisieren sowie sie von alten Gewisheiten, die den modernen Gesellschaften der Gegenwart nicht mehr entsprechen, zu befreien. Zu ökologischen Fragen stellt Honneth jedoch keinen Bezug her.

neue Externalisierungen angefeuert: »Die grüne Revolution hat das Problem der Externalisierung sozial-ökologischer Kosten bislang ausgespart« (Brand/Wissen 2017: 153).

Die Kritik der ökologischen Modernisierung im Buch steht quer zum Großteil der bisherigen Umweltdebatte, insofern sie weder die Stoßrichtung der marktbasieren Modernisierung noch jene der grünen Revolution durch aufgeklärten Konsum einschlägt. Statt einfache Lösungsvorschläge anzubieten, stellt es das gegenwärtige Dilemma sowie die Verstrickung breiter sozialer Gruppen – sozusagen als Kompromiss von Arbeit und Kapital – in die imperiale Lebensweise dar. So behandeln etwa zwei aufschlussreiche historische Kapitel des Buches die Geschichte der Formen kapitalistischer Naturaneignung, die aufzeigen, welche Veränderungen es in den Beziehungen zur Natur über die Phasen des Kapitalismus (von seiner Entstehung über den Fordismus bis hin zum Postfordismus) gegeben hat. Was bietet das Buch also für einen Ausblick?

### SOLIDARISCHE LEBENSWEISE

Das Buch endet mit einer skizzierten Alternative, jener der solidarischen Lebensweise. Dieser kürzlich auch von Axel Honneth gebrauchte Begriff<sup>1</sup> wird von Brand und Wissen eingesetzt, um die Möglichkeit einer anderen Logik sozial-ökologischer Reproduktion aufzuzeigen. Wie diese konkret aussehen könnte oder wer konkret die Adressaten der Veränderung in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation sein könnten, darüber bleibt das Buch knapp. Es verweist auf ein grundlegendes Problem, das nicht ganz wegzudiskutieren ist, nämlich, dass es momentan keinen ausreichenden Raum gibt, um überhaupt über die angesprochenen Probleme in der notwendigen Tragweite sprechen zu können. Möglicherweise sind die Bewegungen rund um Sanders, Corbyn oder die Indignados erste Türöffner für einen solchen Raum, ebenso wie zahlreiche soziale Bewegungen im globalen Süden gegen Landnahme und Ausbeutung oder für Alterglobalisierung. Die Formen von kapitalistischer Externalisierung sichtbar zu machen wäre ein erster Schritt. Auf das Sichtbarmachen der »imperialen Praxen« müsste ihre Einhegung oder sogar Zurückdrängung folgen, d. h. den »weiteren Prozessen der kapitalistischen Expansion durch Landnahmen und die Kommodifizierung von Mensch und Natur, den autoritären Politiken des neoliberalen lock-in, wie sie auf der internationalen Ebene etwa durch CETA institutionalisiert werden sollen, der Externalisierung negativer Folgen der imperialen Lebensweise sowie der zunehmenden Gewaltförmigkeit und

Militarisierung der Konfliktaustragung« (Brand/Wissen 2017: 170) müsste mehr Widerstand entgegengestellt werden. Statt Zuversicht in bessere Technologie als Lösungsweg zu hegen, schließt das Buch an bestehende Bewegungen und Alternativen von Vergesellschaftung an: »öffentlichen Wohnbau[,] und Forderungen nach einem ‚Recht auf Stadt‘, [...] Ausstieg aus der Kohle und ‚Ende Gelände‘, Energiedemokratie und Vergesellschaftung der Energieversorgung, Ernährungssouveränität und ökologischer Landbau, [...] gute Arbeit und Grundeinkommen, solidarische Verteilung von Erwerbs- und unbezahlter Reproduktionsarbeit, freie Software und informationelle Selbstbestimmung, Sozialpolitik als Infrastruktur beziehungsweise sozial-ökologische Infrastruktur« (175).

Das Buch von Brand und Wissen hat nicht den Anspruch, eine politische Handlungsanweisung zu liefern, sondern ist vielmehr eine Analyse der Vertracktheit der gegenwärtigen Konstellation, die einen radikalen Gegenentwurf erforderlich macht. Eine neue, sozial-ökologische Form der Naturaneignung lässt sich mit Sicherheit nicht ohne langen Transformationsprozess bewerkstelligen, gerade wenn man die lange Geschichte der imperialen Lebensweise in Betracht zieht. Deutlich wird allerdings, dass dieser Prozess weder die Angelegenheit des Marktes noch neoliberaler nutzenmaximierender Individuen sein kann. Ebenso deutlich wird, dass eine linke politische Kraft der Veränderung nicht alleine auf das (sowieso seit 30 Jahren sträflich vernachlässigte) Thema der Umverteilung setzen kann.

Die Vision einer sozial-ökologischen Gesellschaft bzw. solidarischen Lebensweise beruht darauf, nicht nur umzuverteilen, sondern den Fokus auch auf das Produzierte und die Bedingungen der Produktion zu richten. Dieser Gedankengang wurde auf andere Weise (nämlich auf eine der ökologischen Modernisierung viel wohlwollender eingestellte Weise) auch von Mariana Mazzucato geäußert, die mit der Konzeption des unternehmerischen Staates auf die Notwendigkeit tiefer Eingriffe in die Produktion verweist. Die Kritik der ökologischen Modernisierung, die angesichts der von Brand und Wissen diskutierten Daten nicht leicht vom Tisch gewischt werden kann, ist zugleich ein Weckruf gegen die Zuversicht in den Markt und für andere, vor allem demokratische, Formen gesellschaftlicher Organisation. Für die Sozialdemokratie lässt das durchaus einige unmittelbare Schlüsse zu: Statt einfach nur mehr Wachstum zu fordern, weil man damit auf Beschäftigungseffekte hofft, sollte die Frage gestellt werden, welche Sektoren wachsen sollen, wie sie das sollen und wie sie

zukünftig organisiert werden sollten. Ebenso könnte man die Frage stellen, welche Sektoren vielleicht nicht mehr wachsen sollten und vielleicht sogar zurückgefahren werden müssten. Einfache Antworten wird man darauf natürlich nicht finden. Eine Reaktualisierung sozialdemokratischer Programmatik in diesem Lichte wäre aber höchst an der Zeit und würde es ermöglichen, deutlicher den notwendigen Ausbau der sozialen Infrastruktur als Gegenmodell zum Voranschreiten des Neoliberalismus und seines auf soziale und ökologische Externalisierungen angewiesenen Wachstums aufzubringen. 🌱

**ARMIN PULLER**

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.

#### LITERATUR

**Brand, Ulrich / Wissen, Markus** (2017a): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus; München: oekom. | **Brand, Ulrich / Wissen, Markus** (2017b): The Imperial Mode of Living; in: Spash, Clive L. (2017): Routledge Handbook of Ecological Economics; London: Routledge; 152-161. | **Honneth, Axel** (2015): Die Idee des Sozialismus; Berlin: Suhrkamp.



Brand, Ulrich / Wissen, Markus  
**Imperiale Lebensweise.**  
Zur Ausbeutung von Mensch und  
Natur im globalen Kapitalismus  
oekom Verlag, München 2017  
224 Seiten; 14,95 EUR.

# Die Liebe, der tödliche §175 und die Gegenwart

»UNlabelled – Verfolgt vom Schatten der Macht« erzählt die Liebesgeschichte zweier NS-Soldaten im Kampf gegen den tödlichen §175, der die Liebenden an den Abgrund des Lebens treibt.

**E**s ist ein schwieriges und kontroverses Thema, mit dem sich die junge Schriftstellerin Alexandra C. Eckel in ihrem Erstlingswerk beschäftigt. Der Klappentext des Romans liest sich wie eine Achterbahnfahrt durch das 3. Reich und man spürt die Schlinge beinahe schon um den eigenen Hals.


*In den Wirren des Zweiten Weltkrieges trifft der Luftwaffensoldat Markus Hofer auf sein Schicksal. Die Liebe zu Sonderingenieur Baron Oberst Oskar zu Schöneburg. Ihre Liebe trotz aller Widerständen und lässt beide als Menschen wachsen. Doch der §175 stellt die Homosexualität und damit ihre Liebe unter Todesstrafe. Die Schlinge zieht sich immer enger, als die SS die beiden an den Abgrund des Lebens treibt...*

Starker Tobak, aber auch in der heutigen Zeit ein aktuelles Thema – womöglich so aktuell wie schon seit 75 Jahren nicht mehr. Eben dieser Gegenwartsbezug hat die Schriftstellerin angetrieben, bei dem Thema nicht locker zu lassen. »Es gab immer wieder Situationen und Momente, in denen mich beinahe die Kraft verlassen hätte. All diese Gräueltaten, dieser Hass und die Brutalität waren unerträglich. Dann aber habe ich in die Gegenwart geblickt und erschrocken festgestellt: es ist noch immer nicht ausgestanden.« Den Gegenwartsbezug von »UNlabelled« findet man im fernen Ausland, ebenso wie hierzulande. Seit den 1970er- und 1980er-Jahren haben Menschen wie Günter Tolar und zahlreiche andere um die Rechte und die Gleichberechtigung der Homosexuellen gekämpft. Dennoch ist Homosexualität immer noch nicht selbstverständlich. In seiner Laudatio über »UNlabelled – Verfolgt vom Schatten der Macht« sagte Tolar: »Das Schönste und Höchste, was ein Mensch einem anderen Menschen schenken kann, darf nie, nie, nie abwegigen Ideologien geopfert werden. Eine Ideologie, die die Liebe in ihrem Codex nicht an hoher Stelle

anführt, ist eine Fehlleistung des menschlichen Geistes.« Damit hat er den Grundgedanken dieses Buches auf den Punkt gebracht. »Die Liebe ist das höchste Gut der Menschen. Wenn ein Mensch einen anderen Menschen wirklich liebt und diese Liebe auch leben kann, dann ist das ein kleines Stück Paradies auf Erden. Und heute sollten wir über jedes kleine Paradies glücklich sein!«, so die Autorin.

Der historische Roman beruht auf wahren Begebenheiten. Markus und Oskar, das UNlabelled-Liebenspaar, hat es tatsächlich gegeben. Die beiden Männer unterschiedlichen Alters und militärischen Ranges haben einander geliebt. Doch ihre Liebe war verboten und dem Tode geweiht. Erst nach dem Untergang des 3. Reiches haben sie heimlich ihre Liebe gelebt – solange das Leben es zugelassen hat. Auf Bitten des Zeitzeugen hin, hat die Geschichte allerdings noch eine zweite wahre Begebenheit als Grundlage bekommen: das Milieu der Luftwaffe. Auch dieser Teil der Geschichte beruht auf den Berichten eines Zeitzeugen, der seine Erfahrungen mit der jungen Generation teilen möchte, um das Verständnis zu schärfen und das Wiederholen zu verhindern. »Ich bin dankbar, dass mich diese beiden Lebensgeschichten gefunden haben und so mein Werk entstehen konnte«, würdigt Alexandra C. Eckel das Leben der historischen Vorbilder.

Wissenschaftlich betrachtet ist das Feld der Homosexualität im Nationalsozialismus noch immer nur bruchstückhaft aufgearbeitet. In der historischen Fachliteratur finden sich nur vereinzelt Erwähnungen des Schicksals homosexueller Soldaten, der gegen sie gerichteten Hetze und der todbringenden Bestrafungen. Dabei gehen Historiker von etwa 150.000 Verurteilungen aus, die deutsche Bundesregierung schätzt 50.000 Verurteilungen zwischen 1949 und 1969. Der §175 wurde erst 1994 aus dem deutschen Strafgesetzbuch gestrichen.

Dies ist ebenfalls ein Aspekt der die Schriftstellerin in ihrer Mission, diese Geschichte an die Öffentlichkeit zu bringen, bestärkt hat. »Ich verstehe, die Menschen und ihren Wunsch, diese Zeit hinter sich zu lassen. Doch wenn wir uns die heutige Zeit anschauen, dann ist es in meinen Augen die Pflicht jedes Künstlers und jedes Menschen das Vergessen durch Erarbeitung und Aufarbeitung zu verhindern. Dafür steht UNlabelled. Hören wir endlich auf andere abzustempeln und fangen wir an, den Menschen als buntes Individuum schätzen, UNlabelled eben.« 

**ALEXANDRA C. ECKEL**

wurde 1988 in Wien geboren. Sie hat an der Universität Wien  
Geschichtswissenschaft studiert.



Das Buch »UNlabelled – Verfolgt vom Schatten der Macht«  
ist als Taschenbuch über [www.ptpbyace.com](http://www.ptpbyace.com) (€ 17,50)  
und als e-book über Amazon und Kobo zu bestellen (€ 9,50).







Natur – Erster Preis, Einzelbilder

© **Francis Pérez**

**Meeresschildkröte in der Falle**

Eine Meeresschildkröte hat sich in einem Fischernetz verfangen.  
Küste von Teneriffa, Kanarische Inseln, Spanien, 8. Juni 2016

Sea turtles are considered a vulnerable species by the International Union for Conservation of Nature. Unattended fishing gear is responsible for many sea turtle deaths.

# Offene Grenzen, Klimapolitik & Hausbesetzungen



## Julian Nida-Rümelin ÜBER GRENZEN DENKEN

Sind offene Grenzen die richtige Antwort auf das Elend in der Welt? Diese Ansicht findet viele Fürsprecher, doch der Philosoph Julian Nida-Rümelin ist in seiner Ethik der Migration überzeugt: Offene Grenzen würden das Elend nicht wesentlich mildern, sondern die Herkunftsregionen weiter schwächen und die sozialen Konflikte in den aufnehmenden Ländern verschärfen.

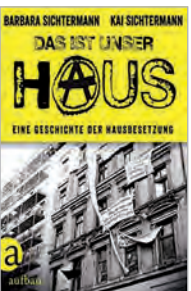
EDITION KÖRBER-STIFTUNG, 248 Seiten, 20,60 Euro



## Ottmar Edenhofer, Michael Jakob KLIMAPOLITIK

Die internationale Klimapolitik hat sich im Weltklimarat ein Gremium geschaffen, das für die Agenda der Politik von grundlegender Bedeutung ist. Noch hat die Menschheit wenig Erfahrung mit der gerechten und effizienten Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter. Daher kommt der Klimapolitik eine besondere Bedeutung zu, denn sie hat für die internationale Kooperation auf vielen Feldern eine Vorbildfunktion.

C. H. BECK, 128 Seiten, 9,95 Euro



## Barbara und Kai Sichtermann DAS IST UNSER HAUS

Legal – illegal – scheißegal: Hausbesetzer erzählen die Geschichte des Häuserkampfes. Kai Sichtermann, Gründungsmitglied der Band »Ton Steine Scherben«, war mittendrin. Gemeinsam mit seiner Schwester, der Publizistin Barbara Sichtermann, befragte er nun die wichtigsten Protagonisten von damals. Sie erzählen, wie alles anfang, was die Bewegung bewirkte und welche Kämpfe ausgefochten wurden.

AUFBAU VERLAG, 300 Seiten, 27,80 Euro



## Miriam Gebhardt DIE WEISSE ROSE

Die Weiße Rose ist eine der bekanntesten Widerstandsgruppen in der deutschen Geschichte. Miriam Gebhardt sucht in den Biografien der WiderstandskämpferInnen die individuellen Voraussetzungen des Widerstands und fragt, welche Ressourcen aus Kindheit, Familie, Umfeld und Erfahrung sie gegen den übermächtigen Gruppendruck der »Volksgemeinschaft« immunisierten.

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT (DVA), 368 Seiten, 20,60 Euro



## Johannes Willms MIRABEAU

Als die Revolution Frankreichs beginnt, sind die Revolutionäre noch ohne Plan. Einer aber hat ihn: Honoré Gabriel de Mirabeau. Er will, dass aus dem absolutistisch regierten Frankreich Ludwigs XVI. endlich eine konstitutionelle Monarchie wird, in der dem Dynasten ebenso klare Grenzen gesetzt werden wie Parlament und Regierung. Nur so werde die Revolution dem Terror entgehen.

C. H. BECK, 397 Seiten, 27,80 Euro



## Patsy l'Amour laLove (Hg.) BEISSREFLEXE

Queerer Aktivismus operiert häufig mit Konzepten wie »Critical Whiteness«, »Homonormativität« und »kulturelle Aneignung«. Ein Kampfbegriff lautet »Privilegien« und wittert hinter jedem gesellschaftlichen Fortschritt den Verrat. Oft erweckt dieser Aktivismus den Anschein einer dogmatischen Polit-Sekte. Das Ziel ist nicht selten die Zerstörung des sozialen Lebens der Angegriffenen.

QUER VERLAG, 272 Seiten, 17,40 Euro

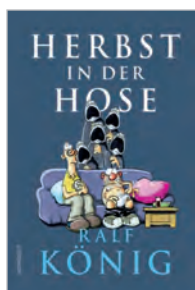


## Berliner Leben, barbarische Horden & Andropause



**Eva Sichel Schmidt**  
DIE RUHE WEG

Marlies zog mitten nach Berlin, als das Leben hier versprach, wild und aufregend zu sein. »No regrets« war damals ihr Lebensmotto. Nun ist Marlies 49 und fragt sich, wann eigentlich diese entsetzliche Verspießerung ihrer ganzen Umgebung begann. Ein Jobangebot macht es möglich, dass Marlies alles hinter sich lassen und nach Italien verschwinden kann. Aber nicht jedem Neuanfang wohnt ein Zauber inne.  
S. ALBRECHT KNAUS VERLAG, 320 Seiten, 20,60 Euro



**Ralf König**  
HERBST IN DER HOSE

Konrad und Paul sind in den Wechseljahren oder, wie es hier hübsch euphemistisch heißt, in der »Andropause«. Auch Männer werden eben älter, sogar schwule. Dass die Sehkräft nachlässt und die Haare grau werden, mag noch angehen, aber bei Störungen der Libido hört der Spaß auf! Und so sitzen die gedemütigten Mannsbilder auf dem Sofa und sprechen einander Trost zu.  
ROWOHLT, 176 Seiten, 23,60 Euro



**Julien Gracq**  
DAS ABENDREICH

Aus dem Französischen von Dieter Hornig. Das Reich ist bedroht: Von Osten her nähern sich Feinde, barbarische Horden, die auf alle diplomatischen Interventionen nur mit der Enthauptung der Botschafter reagieren. Der Erzähler bricht mit einigen Freunden aus der selbstgewissen Lethargie der kulturmüden Hauptstadt auf und begibt sich in die Grenzregion, wo eine Entscheidungsschlacht bevorsteht.  
DROSCHL VERLAG, 224 Seiten, 23,00 Euro



**Ror Wolf**  
DIE GEDICHTE

Das lyrische Werk von Ror Wolf erscheint aus Anlass des fünfundsiebzigsten Geburtstags des Dichters in größtmöglicher Vollständigkeit. Es ist ein unaufgeregter Ton, der in den Gedichten von Ror Wolf vorherrscht, obwohl sie von seltsamen Begebenheiten, Unglücksfällen und erotischen Wirrnissen handeln, hinter deren Schilderung stets der Melancholiker sichtbar bleibt.  
SCHÖFFLING UND CO., 576 Seiten, 25,00 Euro



**J. M. Coetzee**  
EIN HAUS IN SPANIEN

Aus dem Englischen von Reinhild Böhnke. Der Band versammelt drei Erzählungen J. M. Coetzees: »Ein Haus in Spanien«, »Nietverloren« und »Er und sein Mann«. Die unverhoffte Wiederbegegnung mit einem Ort aus der Kindheit, das Wiedererkennen einer existentiellen Situation, die Sehnsucht nach einem autarken Leben: Das alles wird zum Beginn erzählerischer Meditationen.  
S. FISCHER, 64 Seiten, 12,40 Euro



**A. Desnitskaya und A. Litwina**  
IN EINEM ALTEN HAUS  
IN MOSKAU

Aus dem Russischen von Lorenz Hoffmann und Thomas Weiler. In einem alten Haus in Moskau lebt eine Familie. 100 Jahre lang. Kriege, Frieden, Revolutionen, gesellschaftliche und technische Entwicklungen: Alles, was die Welt in den Jahren zwischen 1902 und 2002 bewegt, spiegelt sich im Mikrokosmos rund um Familie Muromzew wider – und wird aus Sicht der Kinder erzählt.  
GERSTENBERG VERLAG, 60 Seiten, 25,70 Euro







Langzeitprojekte – Zweiter Preis

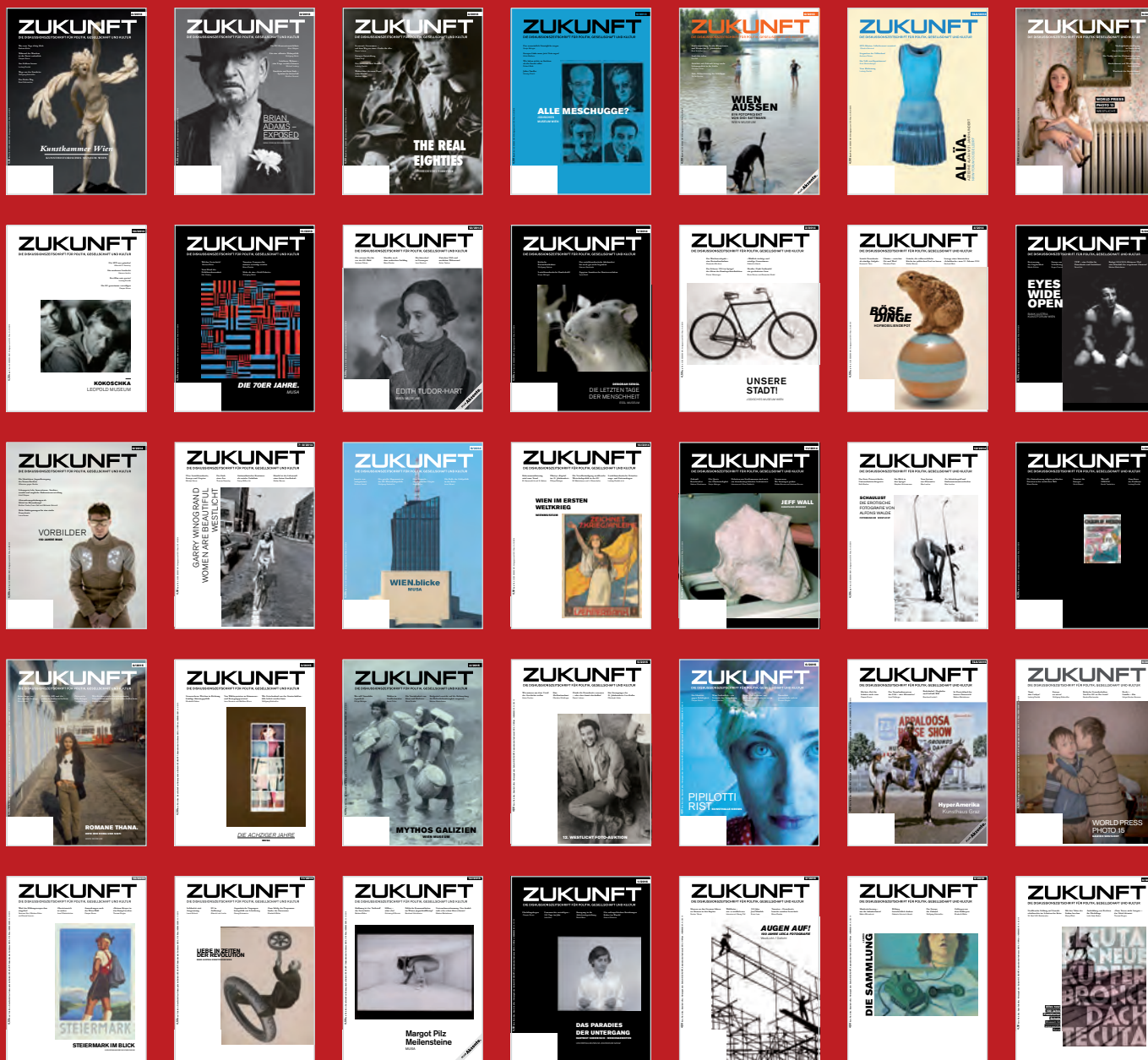
© **Hossein Fatemi, Panos Pictures**

### **Eine iranische Reise**

Iranerinnen beim Poolspiel in einer für Frauen verbotenen Billardhalle, Iran, 28. April 2013

More than 60 percent of Iran's people are under the age of 30 and have little knowledge of their country before its transformation into a theocratic state. At the same time, they experience all the usual trappings of youth and modernity that are increasingly being beamed into homes via the internet and satellite TV stations, as yet still illegal. The photos deal with the complexity of Iran's society, lifting the veil on some of the less-observed areas of daily life.

They show the conflicts that arise between the "official" version of Iranian life promoted by the authorities, and the reality of daily life for Iran's youth which are struggling to find an identity in a fast-moving, ever-changing world. The photographer traveled across Iran for more than a decade, meeting and convincing hundreds of individuals to portray their lives.



# ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden  
& einsenden an:

VA Verlag GmbH  
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3  
1110 Wien

Ich bestelle  ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro  
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: